

Volkssstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Herausgeber Albert Raab, Magdeburg. — Verantwortlich Albert Raab, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfeiffer & Co., Anklamer Straße 8. — Anschriften 628 bis 628. — Zeitungsliste Seite 210. — Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. Abdruck geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterwegspreis der Zeitung: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.50 Mark. Text 33 1/3% Aufschlag. Für Plakatschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postcheckkonto 122 Magdeburg.

Nr. 104

Magdeburg, Donnerstag den 5. Mai 1927

38. Jahrgang

Deutsche Räumungsnote

Berlin 4. Mai. (Eigner Drahtbericht.) Der angekündigte deutsche Schritt in den alliierten Hauptstädten zum Zweck einer weiteren Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland ist heute erfolgt.

Die deutschen diplomatischen Vertreter in London, Paris, Rom und Brüssel überreichten den Regierungen eine Note mit gleichlautendem Text.

In diesem deutschen Memorandum wird ausführlich auf die endgültig durchgeführten deutschen Abrüstungen und auf die Zusagen hingewiesen, die seinerzeit bei Abschluß der Locarno-Verträge gemacht worden sind, wonach die Zahl der Besatzungstruppen herabgesetzt werden soll. —

Berlin, 4. Mai. (Eigner Drahtbericht.) Zu dem deutschen diplomatischen Schritte zur Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland wird von Seiten der Wilhelmstraße erklärt, daß es sich nicht um eine regelrechte Demarche handle, sondern um eine Aktion im Verlauf der fortgesetzten Verhandlungen mit den alliierten Regierungen über die gesamte Rheinlandfrage.

In Vertretung des erkrankten deutschen Botschafters in Paris, von Hoesch, hat Botschaftsrat Nied beim französischen Außenminister vorgesprochen und den Wunsch der deutschen Regierung nach Verminderung der fremden Truppen im Rheinland zum Ausdruck gebracht. Ähnliche Schritte sind auch in London und in Brüssel in Aussicht genommen. —

Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz

Genua, 4. Mai. (Eigner Drahtbericht.) Um 11.12 Uhr wurde heute im hiesigen Reformationsaal unter Anwesenheit von etwa 1000 Delegierten, Pressevertretern und prominenten Zuhörern die Weltwirtschaftskonferenz durch den Vorsitzenden Theunis eröffnet.

Theunis begrüßte zunächst die Hauptdelegierten der 48 vertretenen Staaten. Er gedachte dann kurz der Entwicklungsgeschichte der Konferenz und sprach besonders dem Völkerbund den Dank aus, der getreu seiner Aufgabe, die internationale Verständigung auf allen Gebieten zu fördern, die Initiative zu der Weltwirtschaftskonferenz gegeben habe. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen sei eine der allerwichtigsten Forderungen unserer Zeit. Die Konferenz werde sich in erster Linie mit internationalen Wirtschaftsfragen Europas zu beschäftigen haben. Der Hauptwert werde vielleicht nicht in positiven Ergebnissen, sondern erst in ihren Folgewirkungen zutage treten. Die Konferenz werde die Staaten dazu bringen, die Lebensnotwendigkeiten der internationalen Wirtschaft als ihre eigensten und wichtigsten Interessen anzuerkennen und zu berücksichtigen. —

Wb. Genua, 4. Mai. Der Reformationsaal war gegen 11 Uhr fast vollständig besetzt, nur die Bänke für die russische Delegation sind leer. Der Reformationsaal bietet heute ein vollkommen neues Bild, da unter den Delegierten nur ganz wenige der von den Völkerbundtagungen her bekannten Köpfe zu sehen sind. Dem Erscheinen der einzelnen Delegationen, hauptsächlich der Vertreter der großen Industrie- und Wirtschaftsländer wurde von den Pressetribünen aus mit größtem Interesse gefolgt. Die Platzverteilung erfolgte nach dem französischen Alphabet. Die Bänke der deutschen Delegation befinden sich dicht am Eingang rechts neben der Rednertribüne. Die noch leeren Bänke für die russische Delegation nehmen die letzte Reihe der den Delegationen zur Verfügung gestellten Plätze ein. —

Aus der Eröffnungsrede

Wb. Genua, 4. Mai. In seiner Eröffnungsansprache stellte der Präsident der Weltwirtschaftskonferenz, Theunis, als besonders wichtig und aktuell das Problem der Handels- und Zollpolitik und die Frage der internationalen industriellen Verständigungen heraus. Bezugnehmend auf die vorliegenden dokumentarischen Unterlagen wies Theunis im einzelnen auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz in der Nachkriegszeit, auf die Unterbrechung und auf die Hemmnisse der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und auf die Schwierigkeiten der neu zu schaffenden Handelswege hin, durch die neue unabhängige Produktionszentren entstanden seien.

Hinweisend auf die Verarmung eines beträchtlichen Teiles von Europa und auf die unsicheren Finanzverhältnisse der Nachkriegszeit, sprach Theunis auch von den territorialen Veränderungen, die für das internationale Wirtschaftsleben ernste Rückwirkungen zur Folge hatten. Immer mehr verbreite sich unter den Völkern der Wunsch, jah wirtschaftlich auf sich allein zu stellen und jah gleichzeitig neue Absatzmärkte zu schaffen. Zwei offenbar eingesetzte Strömungen. Diese auormalen und künstlichen Maßnahmen haben schließlich als Endergebnis dazu geführt, daß die Anstrengungen zur Verbesserung der Produktion immer erfolgloser wurden. Die gegen den Handel ausgerichteten Schranken verhindern eine ausgedehnte Zusammenarbeit. —

Die Arbeitervertreter

Die Weltwirtschaftskonferenz nimmt mit annähernd 200 Delegierten aus 48 Ländern und ebenso vielen Sachverständigen den Umsang einer Völkerbundssversammlung an. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, daß die Außenminister und Diplomaten völlig zurücktreten gegenüber den führenden Wirtschafts- und Praxis sowie den Vertretern von Industrie, Handel und Landwirtschaft, ferner der Arbeitnehmer- und der Konsumentenorganisation.

Auch unter den zahlreich anwesenden Journalisten überwiegen stark die Wirtschafts- und Handelsredakteure sowie die Vertreter der Finanz- und Fachzeitungen.

Die Gruppe der Arbeiter- und Konsumentenvertreter der Konferenz umfaßt an Delegierten und Sachverständigen gegen 20 Personen. Soweit sie bereits in Genua anwesend waren, hatten sie am Montag und Dienstag eine Besprechung mit Vertretern der Zweiten Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die auf der Konferenz einzunehmende Haltung. An dieser Zusammenkunft, bei der der Sozialist Merens (Belgien) den Vorsitz führte, nahmen teil: Friedrich Adler, Hilfert, Robert Schmidt, Eggert und Naphtali, Frau Freundlich (Wien), Dodegeest und Vibaut (Holland), Pugh (England), Jouhaux, Guissou, Renaudel und Lombard aus Frankreich. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer längeren programmatischen Erklärung zusammengefaßt, in der es u. a. heißt:

Die Arbeitervertreter begrüßen die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz als Anerkennung der Entwicklung der Weltwirtschaft in der Richtung einer kollektiven Zusammenarbeit der Völker.

Die wirtschaftliche Genesung hängt in allen Ländern ab von einer besseren Reglung der Güterverteilung, von Lohn erhöhungen, dem Anbau der sozialen Einrichtungen sowie der Erhaltung der Existenzbedingungen der Massen im Industrie und Landwirtschaft, weil nur dadurch auch die Kraft der Völker gehoben werden kann.

Die Arbeitervertreter haben zwar starke Bedenken, daß die Privatinteressen in allen Ländern einer Zusammenarbeit der Völker allerlei Hindernisse in den Weg stellen werden, und bedauern, daß die Vertretung der Arbeiterorganisationen auf der Konferenz keine ihrer Bedeutung entsprechende ist. Sie wollen aber trotzdem den Konferenzarbeiten in folgenden Hauptpunkten ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen:

1. Befestigung der Hindernisse im internationalen Handel;
2. Verbesserung und Ausgleich der sozialen Lage und der Arbeitsbedingungen in allen Ländern;
3. Kontrolle der internationalen Kartelle und Monopole im Interesse der Arbeiter und der Konsumenten;
4. Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion und bessere Organisation ihres Absatzes.

Diese vier Punkte werden in der Erklärung im einzelnen eingehend begründet. Abschließend führt die Erklärung aus, daß von der Konferenz nur dann ein nachhaltiger Erfolg erwartet werden kann, wenn sie zu einer bleibenden Einrichtung gemacht wird durch Schaffung eines internationalen Wirtschaftsraumes, das aus Vertretern der Staaten sowie von Handel, Industrie und Landwirtschaft (in paritätischer Zusammensetzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern) und der Konsumenten zusammengesetzt sein und mit dem internationalen Arbeitsamt zusammenarbeiten möchte. —

Gegen die Todesstrafe

Im Jahre 1925 hat das Reichsjustizministerium der Deutschen Reichsregierung den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs übergeben zur kritischen Stellungnahme. Man kann nicht behaupten, daß diese sich — soweit es sich nicht um den engsten Kreis der Fachleute handelt — mit jener Leidenschaftlichkeit und innern Anteilnahme dieser Aufgabe unterzogen hätte, wie sie ein Werk erfordert, das auf viele Jahre hinaus nicht nur individuelles Schicksal besiegt, sondern auch für die soziale und kulturelle Reife unseres Volkes ein Wahrzeichen sein soll. Der deutsche Republikaner ist eben heute noch der typische Untertan. Er schimpft mit oder ohne Recht, aber er ist nicht bereit, von sich aus unter dem Zwange seines Verantwortungsbewußtseins den Inhalt der Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen.

So konnte es kommen, daß in diesen letzten Monaten im deutschen Reichsrat der Entwurf ohne wesentliche Veränderung angenommen wurde. Nun geht der Entwurf zur Beratung und Beschlußfassung an den Reichstag. Und es wird Zeit, daß das Volk sich darauf befreit, daß es nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Rechtsprechung ist im neuen Staate.

Eine der heftigst diskutierten Fragen des neuen Strafrechts ist die Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe.

Der österreichische Entwurf verlangt die Abschaffung dieser mittelalterlichen Strafe an Leib und Leben; der deutsche Entwurf — im übrigen in engster Fühlungnahme mit Österreich bearbeitet —, glaubt nicht, darauf verzichten zu können „angesichts der infolge des langen Krieges eingetretenen Verrohung, angesichts der außerordentlichen Steigerung von Mordaten grauenreger Art“.

Freiheit ist an dieser Art der Begründung außerordentlich Lehrreich.

Einmal, daß uns hier von ersten Zeiten — die doch sicher zum großen Teil richtig sind —, an der Hand der Kriminalstatistik nachgewiesen wird, wie das berühmte „Stahlbad“ auf die Volksmoral verheerend gewirkt hat. 35 Morde im Jahre 1912, 177 Morde im Jahre 1920! Und zwar finden wir diese Steigerung der Kapitalverbrechen in allen vom Kriege berührten Ländern, was denjenigen gesagt sein möge, die etwa die Revolution oder die Republik für diese Erhöhung verantwortlich machen möchten. Der Krieg als Erzieher zum Mord.

Zum andern: Spricht nicht gerade diese Ziffern über das völlige Ver sagen der Todesstrafe als Abschreckungsmittel? Die Todesstrafe ist doch gesetzliches Strafmittel bei uns in Deutschland, ja sie wurde — zu unserer tiefssten Demütigung muß es gesagt werden — in den letzten Jahren erstaunlich oft angewendet, selbst gegenüber kaum dem Kindesalter entwachsenen Menschen! Es ist also so, daß die Faktoren, die zum Verbrechen führen, unglaublich stärker sind als dieses furchtbare Abschreckungsmittel. Es wird auch schwer sein nachzuweisen, daß etwa in Ländern, welche die Todesstrafe abgeschafft haben, die relative Ziffer der Kapitalverbrechen höher sei als in jenen, wo sie besteht. Auch dafür fehlt der Beweis, daß nach Abschaffung der Todesstrafe in irgendeinem Lande die Ziffer der Morde etwa geringer sei. Die Statistik scheint eher das Gegenteil zu beweisen.

Drittens endlich scheint diese Begründung ein Schulbeispiel dafür zu sein, wie Gesetze nicht gemacht werden dürfen. Es ist vollkommen klar, daß, wenn die gefühllos betonte Erfahrung des Augenblicks den Willen des Gesetzgebers bestimmt, die bestialischen Verbrechen der letzten Zeit ihn nicht günstig stimmen können für die Abschaffung der Todesstrafe. Uraltes Institut der Rache und Vergeltung spielen dabei ihre traurige Rolle. So war es im Jahre 1853 in Württemberg. Dort war gemäß den Grundrechten der Frankfurter Verfassung die Todesstrafe im Jahre 1849 abgeschafft worden, sollte aber, nachdem die Reaktion erstarzt war 1852 wieder in das württembergische Strafrecht aufgenommen worden. Nach eingehender Beratung in der Justizkommission, lehnte deren Mehrheit die Wiedereinführung der Todesstrafe ab. Aber kurz vor der Behandlung in der Vollversammlung des Parlaments ereigneten sich zwei Morde, und unter dem frischen Eindruck dieser beiden Verbrechen entschied sich die württembergische Abgeordnetenkammer gegen den Kommissionsbeschuß für die Todesstrafe. Aber ein Parlament ist keine beliebige Versammlung auf der Strafe und Gesetzgeber müssen frei von Augenblicksstimmungen bleiben, wenn sie Gesetze beraten, die in die Zukunft hineinwirken.

„Brutale Gesetze brutalisieren das Volk“ ruft Montesquieu 1748 schon warnend in seinem „Geist der Gesetze“, und wahrscheinlich, die Abstumpfung der Scheu vor Bestrafung des Menschenlebens fällt zum großen Teil der Brutalität der Staatsgewalt zur Last. Wenn sich die Vertreter der Todesstrafe auf dem Juristentag in Wien auf den Volkswillen berufen — eine für viele Juristen immer-

hun beachtliche Erscheinung —, so scheint ihnen dabei nur das Unglück unterlaufen zu sein, daß sie den Volkswillen mit Massenhysterie verwechseln, mit jenem widerlichen Blutrausch, wie er sich zur Zeit der öffentlichen Hinrichtungen zeigte.

Auf die organisierte Arbeiterschaft, die gelernt hat, ihren Willen nicht nur durch Gefühle bestimmen zu lassen, sondern auch durch Erkenntnis zu hören, können sich diese Fürsten jedenfalls nicht stützen. Die Abschaffung der Todesstrafe ist der sozialistischen Arbeiterschaft längst eine Forderung ihres Programms, zu der sie steht, und die sie von ihren Führern in Parlament und Regierung fordert. Mit den Verfassern der Begründung des neuen Strafgebiets lehnt sie Vergeltung als Zweck der Strafe ab und war und ist immer bereit, die Gründe, die zum Verbrechen führen, aufzudecken und „ihnen planmäßig entgegenzuwirken“.

In dieser Richtung liegen der Kampf gegen Krieg und brutale Staatsgewalt, gegen Heimatlosigkeit und Altkolonialismus, gegen Ausbeutung auf Kosten der geistigen und geistlichen Entwicklung, gegen drückende Armut. Woher sollte die Gesellschaft das Recht nehmen, „gerechte Vergeltung“ zu üben, indem sie einen Menschen tötet, solange sie so widerstreitend und mit so ungenügenden Mitteln diesen Kampf führt.

Ein Strafanstaltsdirektor urteilt von seinen 45 zu lebenslänglichem Zuchthaus beknüdigten Mörfern: „Sie stammen fast ausnahmslos aus den traurigsten Verhältnissen, genossen schlechte Erziehung und waren keine gelesenen Arbeiter.“ Welche schwere Anklage umschließt dieser müßterne Bericht gegen die Gesellschaft! Sollte eine Kulturnation darauf keine andre Antwort finden als das Fallbeil? Oder im besten Falle lebenslängliches Zuchthaus?

Aber, so fragen ängstliche Gemüter, soll denn das bedrohte Leben der Staatsbürger nicht geschützt werden? Ist dieser Schutz nicht eine der ersten Verpflichtungen des Staates?

Die Frage hat ihre Berechtigung. Aber selbst der bekannte Strafrechtslehrer Kahl, ein Befürworter der Beibehaltung der Todesstrafe, mußte auf der Juristentagung zu Wien 1912 zugestehen: „Es steht weder die individuelle noch die allgemeine Sicherheit auf dem Spiele, wenn Kulturstaaten wie Deutschland und Österreich dieses äußerste Mittel der Strafjustiz nicht anwenden.“

Die Forderung muß hier lauten: erziehender Strafvollzug auch an dem schwersten Verbrecher! Für schwere Ketzopathen und asoziale Elemente dauernde Verwahrung, deren Art und Sinn aber Schutz der Gesellschaft, nicht Strafe des Rechtsbrechers bedeutet. Dazu ist allerdings notwendig, daß der Entwurf mit großem Rechte betont, daß der Strafvollzug im ganzen Reich einheitlich geregt werde nach großen sozialen Gesichtspunkten, denen Berechtigung der Entwurf in vielen Teilen anerkannt hat. Hoffentlich scheitert diese Frage nicht wieder an dem engstirnigen Particularismus der Länder.

Die Todesstrafe hat keinen Platz in dem Strafgebet eines Volkes, das Anspruch erhebt, zu den Kulturnationen gezählt zu werden. —

Bürgerblod-Schiebung

Uns wird geschildert: Die Auswahl der deutschen Landwirtschaftsverständigen für die Weltwirtschaftskonferenz, die durchaus beim Reichsernährungsminister Schiele liegt, hat in weiten Kreisen Aufsehen erregt. Neben dem Defektionärat Käfer und dem bekannten Agrarierführer Gräfen Keyserling geht der ehemalige Minister Hermann nach Genf. Alle drei stehen zum

Reichslandbund in engster Beziehung und werden niemals die Interessen der gesamten deutschen Landwirtschaft, sondern die Interessen der Großagrarien vertreten.

Eine Konzession hat man allerdings gemacht, indem man die deutsche Landwirtschaftsdelegation durch Prof. Sering, der gegen die Agrarzölle eingestellt ist, erweiterte. Sering ist aber nicht als Sachverständiger für die Agrarzölle hinzugezogen worden, wofür er die große Autorität ist, sondern für die Landwirtschaft im allgemeinen. Es ist Schiele so gelungen, eine gewichtige Autorität gegen die Agrarzölle auszuholzen.

Ein ähnliches Spiel scheint Schiele mit der Berufung eines deutschen Sachverständigen für Landarbeiterfragen vorzuhaben. Der gegebene für diese Frage ist doch ohne weiteres der Reichstagsabgeordnete Schmidt (Köpenick), eine Meinung, die weit bis in die bürgerlichen Parteien hinein geteilt wird. Da Schmidt aber Sozialdemokrat ist, hält Schiele, wie der „Sozialdemokratische Presse Dienst“ erfährt, den deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Franz Behrens in Bereitschaft, um ihn als Sachverständigen für Landarbeiterfragen nach Genf zu führen.

Wir zweifeln die Eignung Behrens als Landwirtschaftssachverständigen an und für sich an. Er ist mit der Landwirtschaft eben dadurch in Verbindung gekommen, daß er in früheren Jahren ein großstädtisches Blumengeschäft betrieb. In seiner engen Heimat erfreut er sich auch heute noch des Spitznamens „Blumenfränzchen“, was aber für Genf ungern Dafürhalten noch nicht ausreichen dürfte. Außerdem ist die letzte Behrens-Affäre im Rahmen der Erörterungen des schweidischen Steichholztrücks keineswegs geeignet, Behrens für die Genfer Mission zu qualifizieren.

Soweit aber die deutschen Landarbeiter selbst in Frage kommen, hat Behrens als deutsch-nationaler Abgeordneter im Laufe von Jahrzehnten bewiesen, daß er wohl die Interessen der Großagrarien, niemals aber die der deutschen Landarbeiter vertreten hat. —

Entschlüsse in Magdeburg

Magdeburg steht vor erschütternden Entwicklungen. Die „Tribüne“ ist dahintergekommen, daß zwischen Reichsbanner und Stahlhelm ein Pakt abgeschlossen ist, der sich natürlich gegen Rußland richtet. Wie Leute in einem gewissen Zustand welche Manie haben, so sieht die „Tribüne“ schwatzgrotzholtende Divisionen nach Moskau marschieren.

Wie die „Tribüne“ hinter diese schwarzen Blätter Hörsing gekommen ist? Sehr einfach. Hörsing fordert immer und immer wieder die Republikanisierung der Reichswehr; er fordert, daß nicht Hakenkreuzer, sondern Republikaner in die Arme eingestellt werden. Das erscheint der „Tribüne“ sehr verdächtig, geradezu unheimlich. Neben drei Jahren besteht das Reichsbanner, und seit dieser Zeit fordert Hörsing die Reform der Reichswehr. Aber jetzt erhält drei Tage vor dem Stahlhelmtag in Berlin, ist der „Tribüne“ ein Seitenstück aufgegangen: Hörsing will seine Leute nur gegen Rußland schicken.

Aber dann kommt die „Tribüne“ mit ganz dicken, fetten Zeilen: im Herbst 1923 hat es dieses Umgebener Hörsing fertig gebracht, 120 Magdeburger Sozialdemokraten in die Reichswehr zu rufen. Ganz geben natürlich kein Mensch weiß davon; selbst die 120 Ratten wissen bis heute nicht, daß sie damals in der Reichswehr waren; nur Hörsing und Holtermann an, die jetzigen Vorsitzenden des Reichsbanners und — zum Glück für die deutschen Arbeiter! — ist jetzt die „Tribüne“ dahintergekommen.

Wir haben uns bei Hörsing und Holtermann erkundigt: diese verstoßenen Sünden! Kaltblütig gaben sie uns an, daß mehr Sozialdemokraten noch als die „Tribüne“ abt, im Herbst 1923 unter Waffen standen; in der Reichswehr, in der Polizei und in den bereits erwähnten Formationen der ehemaligen „Republikanischen Rotfront“. Insgesamt höchstens tausend Mann, die sehr bedauerten, daß Thiedemann und seine Leute jenseits der baltischen Grenze blieben. Richtig ist, daß eine Zahl Magdeburger Sozialdemokraten in Reichswehrkompanien waren, die nach Sachsen geworfen wurden. Einmal war es nicht unwichtig zu erfahren, was

eigentlich in der Reichswehr vorging, und zum andern erschien uns und erscheint uns heute erst recht als richtig: wenn zu Seiten positer Hochspannung die Reichswehr aufgeführt wird, dann mit Sozialdemokraten und nicht mit Hakenkreuzern.

Wenn die „Tribüne“ mehr über Hörsing und die Reichswehr im Herbst 1923 wissen will: die schwatzweitzrote Presse jener Tage drohte mir so von Bombenschlägen gegen den „Chef aller roten Gardes in der Provinz Sachsen“. Dort kann sie sich Anregungen holen.

Im übrigen: putzige Kerlchen, diese „Tribünen“-Leute: drei ganze Seiten lang bonnern sie in einer Nummer gegen Reichsbanner und Sozialdemokraten und dann veröffentlichen sie einen Brief an das Reichsbanner, in dem Roßfritz — harmlos wie die Kinder — zu einer gemeinsamen Befreiung wegen des Stahlhelmtags in Berlin einlädt. Wirklich: unbezahlbar ist die Flamme der Kommunisten für den Stahlhelm. —

Die Arbeitslosenversicherung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags behandelt am Dienstag in der Weiterberatung der Arbeitslosenversicherung zunächst die Krisenfürsorge.

Frau Abg. Schroeder (Soz.) wandte sich dagegen, daß dem Reichsarbeitsminister überlassen wird, Einschränkungen für bestimmte Berufe oder Bezirke, ebenso über die Höhe und die Dauer zu verfügen.

Abg. André (DP) begnügte sich mit einem beschiedenen Verbesserungsantrag der Regierungsparteien, wonach der Reichsarbeitsminister in Beiträgen ungünstiger Arbeitsmarktlage die Krisenfürsorge erlassen muß, während bisher nur eine Kabinettbestimmung vorgesehen war.

Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums trat mit den bekannten Gründen für die Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung ein.

In der Abstimmung werden alle Änderungsanträge mit Ausnahme des Antrags André abgelehnt. Der Ausschuß besaß sich dann mit den Bestimmungen über Beiträge und Leistungen.

Abg. Radel (Komm.) vertritt einen Antrag, wonach die Arbeitslosenunterstützung in feinerlei Zusammenhang mit dem Arbeitsentgelt gebracht werden soll.

Abg. Uhlauer (Soz.) erklärt, daß in der Erwerbslosenfürsorge eine Rationalisierung der Leistungen gerechtfertigt ist, in einer Arbeitslosenversicherung dagegen die Schaffung von Lohnklassen notwendig wird. Entscheidend ist, daß auch bei Lohnklassen für alle Versicherten ein ausreichendes Existenzminimum gewährleistet wird und die besser Entlohten für die unteren Einkommen entsprechend eintreten.

Der sozialdemokratische Antrag sieht die Erhöhung der Angestelltenhöchsttarife der Beiträge und der Leistungen im Rahmen der heutigen Angestelltenversicherung vor. Nach diesem Antrag erhalten die Versicherten der unteren Klassen die höchsten Prozentsätze vom Einheitslohn.

Abg. Thiel (DP) wendet sich gegen die in dem sozialdemokratischen Antrag vorgebrachten hohen Leistungen.

Es wird schließlich ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der sich von der Gesetzesvorlage nur unwesentlich unterscheidet. —

Franz Schüls

Am 5. Mai vollendet Genosse Franz Schüls sein 50. Geburtstag. Das „Geburtstagskind“ ist seit dem Mai 1920 politischer Redakteur am „Vorwärts“. Vielleicht denkt er im großen Berlin gar nicht mehr an die kleine Provinzstadt Magdeburg, der es ja schwer gemacht wird, berühmt zu werden. Aber die Magdeburger sozialistische Arbeiterschaft hat Anlaß, sich des Genossen Schüls zu erinnern. Er war von 1907 bis 1920 politischer Redakteur der „Volksstimme“. Seine Kollegen und alle Genossen, die beruflich mit ihm zu tun hatten, jähzähn in ihm nicht nur den klugen und tüchtigen Mitarbeiter, der auch in schwierigsten Situationen das Steuer sicher zu führen wußte, sondern auch den guten Kameraden. Er hat als Redakteur und als Leiter der Magdeburger Parteiorganisation der Arbeiterbewegung in unserem Bezirk wertvolle Dienste geleistet. Ein kluger Taktiter und ideenreicher Führer! In Erinnerung an seine „Magdeburger Zeit“ herzlichen Grüß und beste Wünsche für das zweite halbe Jahrhundert. —

die in letzter Zeit immer häufiger auftretende Verfolgung der linksgerichteten Schriftsteller und Verleger durch die deutscher Klassenjustiz. Die ungeheuerlichen Urteile in letzter Zeit beweisen, daß der Klassenstaat alle Mittel anwendet will zur Unterdrückung der verfassungsmäßig garantierten Geistesfreiheit.

Die Arbeiterhäuserspieler stellen sich Seite an Seite mit den linksgerichteten Schriftstellern und Verlegern und protestieren gleichzeitig gegen die in letzter Zeit auftretenden Verbote ihrer Veranstaltungen. —

Der amerikanische Kapitalismus will zwei der tatkräftigsten Kämpfer des proletarischen Filmes besiegen, Sacco und Vanzetti wurden wegen angeblichen Mordes zum Tode verurteilt. Trotzdem nachgewiesen ist, daß die beiden Genossen nichts mit diesem Mord zu tun haben, daß es der amerikanischen Justiz nur auf ihre Bevölkerung ankommt, trotzdem der wirkliche Mörder sich selbst gemeldet hat, lehnen die Gerichte eine Wiederaufnahme des Verfahrens ab.

Es gilt darum, die überall erhobenen Proteste zu verstehen, um die beiden Klassenkämpfer vor der Hinrichtung zu bewahren.

Die Reichskonferenz des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes verlangt, daß der bevorstehende Justizmord nicht ausgeführt und das Verfahren unverzüglich wieder aufgenommen wird. —

Karl Wallauers Beitrag über „Theater und Schauspielerei“, der, wie bereits angekündigt, am Freitag den 6. Mai im Gräfin-Steinweg-Saal der Stadtmission stattfinden wird, ist, wie noch einmal ausdrücklich festgestellt sei, die Reihe der vorbereitenden Vorträge für die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg 1927, die der Verein zur Förderung der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 veranstaltet. Wallauers ist als Führer der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, der Schauspieler-Organisation, wohl der berühmteste Vertreter für Aufführungen über die Frage „Theater und Schauspieler“. Dazu kommt, daß er als vorzüglicher Redner gerühmt wird. So ist von diesem Abend etwas ganz Besonderes zu erhoffen. Die Redezeit nach Karlsruhe ist deshalb sehr groß. Es steht nur noch eine beschränkte Zahl zur Verfügung. Bei also diesen Vortrag nicht besetzen will, muß sich umgehend um eine Eintrittskarte, die kostlos in den bekannten Ausgabestellen abgegeben wird.

Der Club der Ausgezeichneten. London, daß so viele zeitwürdige Clubs bilden, ist jetzt um einen besonders eigenartigen Club bereichert worden. Es ist dies der Club der ausgezeichneten Bühnenkritiker. Nach den Statuten wird jeder Dramatiker, dessen Stück bei einer Erstaufführung ein Diastro erlebt, ganz von selbst Mitglied dieser erledigten Gemeinschaft. Wenn das Werk einen soliden Erfolg hatte, daß das Publikum an der Kasse sein Geld zurückverlangt, so wird dieser Autor sogar Ehrenmitglied und durch ein Zeichen gekennzeichnet. Es ist jedenfalls eine originelle Idee, auf diese Weise die distinguierten Dramatiker zu tragen und den Publikumsgericht zu erhöhen. —

Ämterungs-System, das nach den übrigen Versuchen lediglich darin unterscheidet, daß die Aufzähler eine Wiederholung finden, die die Reihenfolge so gut wie ganz ausschließt. Die ganze Arktur ist jedoch bis heute viel zu kostspielig, als daß nach den kleinen Bühnenspielarten diese Erfindung, vor der man heute in Amerika sagt, daß sie zum modernen Kino gehört, leicht könnten. Eine derartige Erfindung kostet 25 000 Dollar und außerdem müssen noch Renten für die Sänger und die Musik und eine Abgabe von 10 Cent pro Woche und Platz an die Gesellschaft von Werner Kreiders gezahlt werden, die unter diesen Umständen gute Geschäfte macht.

Bei die technische Seite des ißtrockenden Filmes betrifft, so ist darüber noch nicht entschieden, wer das Rennen um den endgültigen Sieg machen wird. Soviel das Mikrophon wie der Stummfilm weinen noch Wangel auf, die erst einmal bedient werden müssen, um das große Publikum für den ißtrockenden Film begeistern zu können. Darüber ist, daß die in den letzten Monaten gezeigten Versuche genügend Erfahrung gesammelt haben, um das ißtrockne Problem — Nebenteilnahme am ißtrocknen Film — eine Lösung gefunden zu haben und daß es nur noch eine Frage der Zeit sein kann, obwohl die übrigen Differenzen, die noch im Kinoskopatoren und der Farbproduktion liegen, zu betrachten.

H. C. S.

Reichskonferenz des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes

Die Opern 1927 in Leipzig abgehaltene Reichskonferenz hat zwei besondere Beiträge zu berichten gegeben, daß der Deutsche Arbeiter-Theaterbund sich durchaus nicht mit Berührungs- und Interessengeschehnissen begnügt, sondern in geistiger Leben Demokratie eine Stellung behauptet, die keine Größe und Kulturfreiheit angemessen ist.

Nach einer eingehenden Diskussion über die Jugendbildung wurde beschlossen, daß an der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927 zu beteiligen. Und ein gemeinsamer Beitrag durch die Mitglieder des Bundes wurde durch die Reichskonferenz angenommen. Zur Frage des Kinos-Verbotsgesetzes kommt eine weitere Aufführung gegenüber, da der Unterricht bestimmt werden will, ob die Befreiung der Sänger und der Schauspieler den Kinos-Verbot nicht aufheben darf. —

Es wurden dann folgende Resolutionen erlassen:

Die Reichskonferenz des Deutschen Arbeiter-Theaterbundes vom 6. Mai 1927 in Leipzig erachtet insbesondere

gegen das sogenannte Schaus- und Soundgesetz sowie

gegen das in nächster Zeit im Reichstag zur Verhandlung kommende Gesetz zum Schutz der Jugend der Künstenfreiheit.

Diese Gesetze stellen eine Einschränkung der Künstenfreiheit dar,

und daß, wie es ja die Sänger und Schauspieler tun,

die Künstenfreiheit nicht einen statlichen Sieg hat.

Der zweite größte Erfolg hatte bisher das Kino-

und Theater-Kino, jetzt in die Zeit, das in 50 verschiedenen

Städten und Städten für die Künstenfreiheit bestimmt

war. Das hat bestellt es für die ganze Europa.

Magdeburger Angelegenheiten

Ihr schönen Tage...

Eigentlich hat es niemand mehr geglaubt, daß ihr kommt. Mit Kopfschütteln und Seufzern begrüßten wir jeden neuen Arbeitsmorgen, der bleischwer und regengrau über die Häuser der Stadt emporstieg. Müde und verdroßen saßen wir am Abend und schauten in das gleichmäßige Rinnen und Regnen, das einsam und ohne Verheizung Freude und Sonne tötete. Wir waren sehr betrübt.

Aber nun seid ihr gekommen, ihr schönen Tage. Nicht wie ein Geschenk, überraschend und ohne geahnt zu sein. Nein, so romanhaft seid ihr nicht gekommen. Böse gerungen habt ihr mit Wolken und Wind. Aber wir wußten es schon, euer Kampf hatte etwas Sieghafstes. Und nie hat ein Sieg uns so erfreut wie der eure. Seid uns willkommen, ihr schönen Tage!

Ich aber will einen Entschluß fassen. Ich gehe auf meinen magern Kleiderkram zu und hole mir mein Frühlingsjackett heraus. Grau ist es, sehr hell und freudig. Aber die Hose getraue ich mich noch nicht anzuziehen. Das wäre Herausforderung, und da ich im Grunde meines Herzens ein schüchterner Mann bin, vermeide ich es.

Donnerwetter, wie belebt sehe ich aus bis zur Hose. Hätte ich jemand, der mit mir ausgeht, es müßte ein Staat sein, mit mir spazierenzugehen. Ich stehle mir also ein Loch in meine Arbeitszeit hinein und gehe spazieren. Siehe auch die grünlich-grauen Handschuhe an mit den zerriebenen Innenflächen und begebe mich, leichtfertig wie mich der Frühling gemacht hat, zu einem Barbier. Der steht behaglich in der Tür und blinzelt in die Sonne. Es drängt mich, meinem übervollen Herzen Luft zu machen, so breche ich ein Gespräch vom Zaune. Weil er ja darauf eingehen muß. Denn er ist ein Friseur. Wovon ich rede? Natürlich von dem Weiter und dem Mai und überhaupt davon, daß es nun so schön ist. Er aber nickt und lächelt und entgegnet, daß nun erstens der Bart besser mache und zweitens sich die Leute auch öfter die Haare schneiden ließen. Und alles nur um euch, ihr schönen Tage!

Was hab ich aber auch Glück! Raum bin ich hundert Schritte gegangen, da treffe ich einen Bekannten. Er sieht mich an und meint, ich sähe ganz frühlingsmäßig aus. Ist das nicht in Wahrheit Glück, seine Wirkung so schnell bestätigt zu hören?! Ich gehe mit geschwelltem Herzen weiter. Ein graues Jackett, eine frische Rasur und der ganze Frühling ist mein! . . .

Nun atme ich frische Waldluft und Duft von Blättern und Blüten. Es ist ja so alt und bleibt doch so neu. Es sind der Schleifen in jedem Jahr die gleichen, und sind sie nicht stets wieder wie ein unverdientes Geschenk? Mit Kohlweihlingen und Laufköpfen in inniger Gemeinschaft pilgerte ich bedächtig Schritt für Schritt und atme die Sonne und lasse ihre Wärme ganz in mich dringen. Mehr als eine gute Stunde gehe ich so ganz beglückt und ganz zufrieden. Und dann: o Gipfel des Leichtfertig! Ich bemühe den kleinen Fahradämpfer, der mich über den Fluß trägt in die Stadt zurück. Es ist in Wahrheit leichtfertig, ich hätte ebenso gut über die Brücke zu Fuß gehen können. Aber ich wollte den Frühling auch auf dem Wasser spüren. Und was tut man nicht, wenn es Frühling ist und ihr da seid, ihr schönen Tage! Ja — heroischer Entschluß! — die Straßenbahn soll mich nach Hause tragen.

Welt da pfißt es wie auf Verbredung von den hundert Dächern der hundert Fabriken her. Und die hundert Pforten tun sich auf und mehr als viele hundert bewußte und müde Gestalten eilen heraus. Manche bleiben zuerst ein Weilchen stehen, blicken in die Abendsonne und bekommen gute und frohe Gesichter. Ihr lieben, schönen Tage! Darum sage ich zu euch: leichte Tage . . . Und ich trage ein graues Jackett und grünlich graue Handschuhe aus Leder? Wie ich mich plötzlich schäme. Mir ist, als sähen mich alle die mehr als vielmals häudert Männer mit bittern Augen an: „Was hast du zwischen uns? Trägst du nicht ein graues Jackett und Handschuhe aus Leder?“ Aber seid nicht bitter und hart! Es war ja nur wegen des Frühlings. Und, wirklich die Wahrheit gesprochen, es war nur so ein leichter, ein loher Spaß. Der säunt sich nun unter eurer Schwere. Aber ich gehöre trotzdem zu euch. Wenn ihr's auch nicht seht. Ich werde nicht auf die Straßenbahn steigen, sondern will bestimmt zwischen euch zu Fuß gehen. Und wenn ich nach Hause komme, hänge ich still mein graues Jackett in den Schrank und ziehe die ledernen Handschuhe aus und bin wieder ganz wie ihr.

Es war ja nur um der törichten schönen Tage willen... K. R.

Hopfengarten

Die Gartenstadt Hopfengarten hielt ihre Generalversammlung ab. Die von der Verwaltung für das verloste Geschäftsjahr vorgelegte Bilanz und Gewinn- und Verlust-Berechnung sahsteht ob mit einem Reingewinn von 3936,36 Mark. Es wurde beschlossen, auf die sonst übliche Dividende zugunsten des Straßenbaus zu verzichten, und zwar wurden 393,66 Mark dem gesetzlichen Reservefonds und der ganze Rest von 3542,70 Mark dem Straßenbaufonds überwiesen. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Der Berichtsbericht des gesetzlichen Revisors für die Geschäftsjahre 1925 und 1926, der im Anschluß hieran zur Verleihung kam, bestätigte die gute und gesicherte wirtschaftliche Lage der Genossenschaft und sprach sich anerkennend über die in den Verwaltungsgremien geleistete Arbeit aus. Der aus dem Vorstand turnusmäßig ausscheidende Vorsteher Soerle wurde einstimmig wiedergewählt. In den Aufsichtsrat traten neu ein die Mitglieder Contradi, Schmalzke und Schwärzel. Aus dem Bericht der Verwaltung ist erschaulich, daß im letzten Jahre 18 Einfamilienhäuser und 16 andre Wohnungen erbaut wurden. Ungefähr dieselbe Zahl von Wohnungen wird auf einem Terrain, das nördlich an die Siedlung anschließend neu erworben ist, im laufenden Jahr erbaut werden. Nach langjähriger Pause konnte der Ausbau der Straßen wieder aufgenommen werden. Außerdem wurde der in der Mitte der Siedlung liegende Platz durch Anlage von Rasenflächen und Anpflanzung von Bäppeln durchsetzt und der Lindenplatz in seinem ganzen Länge beiderseitig mit Linden besetzt; diese Arbeiten wurden als Rotarbeitsarbeiten ausgeführt, wofür den nötigen Behörden besonderer Dank gebührt.

Die Gartenstadt Hopfengarten beginnt demnach das neue Geschäftsjahr unter den besten Aussichten. Sie bei der Gründung vermieteten 130.000 Quadratmeter Landfläche und voll mit Eigentümern sind jetzt 200 Familien in

Die Magdeburger Krankenhausnot

Ein vernichtendes Gutachten

Der Magistrat der Stadt Magdeburg bzw. die städtische Krankenhausverwaltung hat eine Denkschrift herausgegeben über den Ausbau der Magdeburger Krankenhäuser. Wir entnehmen der mit vielen graphischen Darstellungen versehenen Schrift folgende Ausführungen:

Die Stadtverwaltung hat im Jahre 1908 ihre Krankenanstalten von dem ärztlichen Direktor des Eppendorfer Krankenhauses (Hamburg), Professor Dr. Lenhardt, und dem Bauteam Kuppel (Hamburg) begutachtet lassen. Das Ergebnis der Begutachtung war für unsre Krankenanstalten nicht günstig. Kurz zusammengefaßt wurde gesagt:

Die Krankenanstalt Altstadt ist zur Aufnahme eines Krankenhauses überhaupt nicht geeignet. Es weist schwere hygienische und betriebstechnische Mängel auf. Die Gebäude stehen so eng zusammen, daß den Krankenräumen nicht das örtige Licht zugeführt werden kann und daß keine Bewegungsfreiheit für die Kranken innerhalb der Anstalt besteht. Die Krankenäste sind schlecht orientiert und die im Vordergebäude an der Marshallstraße liegenden Räume zur Aufnahme von Kranken schlecht ungeeignet. Die wirtschaftlichen Einrichtungen liegen so, daß sie nur bei äußerster Kraftanspannung zweckdienlich verwendet werden können.

Das Krankenhaus Sudenburg weist einige betriebschädliche Mängel auf, die aus der Anordnung der Gebäude resultieren und hygienische Mängel besonders im Chirurgischen Pavillon.

Ferner reichen beide Krankenanstalten zusammen genommen nicht für die Bedürfnisse einer Stadt in der Größe Magdeburgs aus. Es ist deshalb der Neubau eines Krankenhauses und die Ausgestaltung von Sudenburg, die Schließung von Altstadt empfohlen, so daß nach der Vollendung insgesamt 2400 Betten zur Verfügung stehen würden. Als Endzeitpunkt für die Umgestaltung von Sudenburg, Schließung von Altstadt und den Beginn des Neubaus waren 6 Jahre angegeben worden.

Bisher nur unzureichende Verbesserungen

Die Stadtverwaltung hat sich trotzdem nicht entschließen können, nach dem Gutachten zu verfahren. Sie hat überwiegend aus finanziellen Gründen geglaubt, die Mängel des Krankenhauses Altstadt durch großzügige Umbauten beheben zu können, und hat dementsprechend im Jahre 1912 2,1 Millionen ausgeworfen. Die Ausgestaltung von Altstadt ist in den Jahren 1913 bis 1915 abgeschlossen. Es sind lediglich das zwischen Vordergebäude und Mittelgebäude außerordentlich störende Kesselhaus entfernt und der letzte Rest einer Grünfläche mit einem Infektionspavillon bebaut worden. Die weiter vorgenommenen Maßnahmen wurden durch den Kriegsausbruch verhindert. Wir dürfen, ohne in eine Debatte einzutreten zu müssen, wohl feststellen, daß die weitere Durchführung des Planes von 1912 zwecklos ist. Einmal liegt das Krankenhaus Altstadt an sich so eng, daß der genügende Raum doch nicht geschaffen werden kann, zum andern aber zwinge die Entwicklung der Stadt zu dem Gedanken, andre Stadtteile mit Krankenhausfürsorge zu betreuen.

Es ist zwar, besonders in den letzten Jahren, der Versuch gemacht worden, die schweren betriebstechnischen Mängel des Krankenhauses Altstadt zu beseitigen und wenigstens die rein wirtschaftlichen Anlagen der Anstalt zu verbessern. Diese Maßnahmen sind aber nicht deshalb getroffen worden, weil wir geglaubt haben, auf diese Weise noch eine gute Anstalt schaffen zu können, sondern lediglich, weil wir uns von der Erweiterung haben leiten lassen, daß wir mit der Anzahl auf eine große Reihe von Jahren als einen unumstößlichen Faktor werden rechnen müssen.

Wir stehen aber nicht an, rückhaltlos zu erklären, daß das Krankenhaus Altstadt unmöglich auf längere Zeit behalten werden kann, ohne daß die Interessen der kranken und hilfsbedürftigen Bevölkerung aufs schwerste geschädigt werden. Wir stehen grundätzlich auf dem Standpunkt des Gutachtens von 1908, daß das

Krankenhaus Altstadt als Vollanstalt geschlossen

und durch einen Neubau ersetzt werden muß.

Wir sind uns klar darüber, daß bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt die Durchführung wesentlich schwieriger sein wird, als das vor dem Kriege der Fall gewesen wäre. Wir glauben kaum, daß von dem Neubau vor 15 Jahren so viel fertiggestellt sein wird, daß das Krankenhaus Altstadt geräumt werden könnte. Wir können infolgedessen bei der Behandlung unserer Krankenhäuser vorläufig nicht mit dieser Verbesserung rechnen und sind gezwungen, die sich immer dringender zeigenden Notstände in der Krankenhausversorgung abzustellen.

Infolge der immer größer werdenden Anprüche, die an die Anstalten gestellt werden, und infolge der Zunahme der Bevölkerung ist fast ein Fünftel seit dem Gutachten von 1908 muß festgestellt werden, daß die damals gerügten Mängel im großen und ganzen bedauerlicherweise auch heute noch vorhanden sind.

Ein- oder Mehrfamilienhäusern angegliedert. Auf jede Familie entfallen im Durchschnitt 400 Quadratmeter Land. Damit ist eine Weiträumigkeit der Bebauung erzielt, wie sie in einer Siedlung in nächster Nähe einer Großstadt kaum wieder anzutreffen sein wird. Allerdings wurde Klage geführt über den mangelhaften Zustand der Leipziger Chaussee in der Nähe Hopfengartens und die Erwartung ausgesprochen, daß die Stadt diesen Zustand bald ändern werde. Auch die noch immer fehlende Straßenbahnbefahrung mit dem Stadtinneren wurde viel erörtert und die Hoffnung und Überzeugung ausgesprochen, daß einer so großen und schnell aufblühenden Siedlung wie Hopfengarten diese Verkehrsbefahrung unmöglich noch weiter vorerthalten werden könne.

Die Not der Junglehrer

Die Not der Junglehrer ist seit zum Himmel. Nach den Besitzungen des preußischen Ministeriums für Bildungswesen und Kunst und Volkssbildung waren am 15. November 1926 29245 junge Lehrer und Lehrerinnen ohne Beschäftigung im Schuldienst, davon waren 15844 evangelisch und 13399 katholisch. Die Zahl der katholischen Bewerber und Bewerberinnen ist verhältnismäßig viel größer als die der evangelischen, weil die sogenannten Flüchtlingslehrer, d. h. die aus den abgetrennten Gebieten geflohenen Lehrer und Lehrerinnen, die auch untergebracht werden mußten, zum größten Teile katholisch sind.

Viele von diesen im Schuldienst unbeschäftigt gebliebenen Lehrern und Lehrerinnen sind ohne jeden ständigen Einkommen und müssen sich richtig durchzuhören. Sie nähern sich durch Klavier- und Geigenspielen, in Gastwirtschaften, durch Handel mit Zigaretten und allen möglichen andern Dingen. Außer diesen gibt es aber noch 7939 evangelische und 2769 katholische Junglehrer bzw. Junglehrerinnen, die zwar mit Erfahrungsgewinn im Schuldienst beschäftigt sind, die aber auch noch auf Anstellung warteten. Viele davon sind bereits über 30 Jahre alt und verheiratet, so daß auf sie die Bezeichnung „Junglehrer“ eigentlich gar nicht zutrifft.

Dann hat zwar der Preußische Landtag beschlossen, zur teilweisen Beisetzung dieser Junglehrernot 15,1 Millionen Mark

Die Aufnahmefähigkeit

Wir wollen zunächst nachprüfen, wie es mit der Aufnahmefähigkeit der Anstalten bestellt ist:

	in Altstadt in Sudenburg
Chirurgische Klinik	280 Betten 217 Betten
Medizinische Klinik	250 " 288 "
Hautklinik	175 " "
Kinderklinik	110 " "
Kraunklinik	— 194 "
Augen- und Ohren-Abteilung	— 39 "
Nerven-Abteilung	— 70 "
	795 Betten 810 Betten

Diese Ziffern sind aber tatsächlich zu hoch gegriffen. Nach einer allgemeinen Ansicht gelten 20 Prozent der Betten als nicht voll ausnutzbar bzw. als Reserve, weil Privatbetten (175), Infektionsstationen (43) und die bei uns vollkommen unbrauchbaren Paracelsusstationen (76) nur beschränkt Ausnutzungsmöglichkeiten bieten. Demnach würde die höchste Belegung 1884 Betten sein. Allgemein betrachtet reicht diese Ziffer unmöglich aus. Literatur und Praxis haben bewiesen, daß die Mindestziffer von Krankenbetten auf die Bevölkerung 6% ist, der Bedarf also für Magdeburg rund 1800 Betten betragen müßte. Dabei würden Privatstationen, Irren-, Entbindungs-, Augen- und Lungenerkrankungen nicht mitgerechnet werden können.

Würde auch diese Einschränkung berücksichtigt, so hätten wir 1815 — 175 Privatbetten = 1640 Betten davon entfallen auf die Entbindungsabteilung

der Frauenklinik	40
für psychiatrische Kranken	25
für die Augen-Abteilung	11 76

also insgesamt 1864 Betten. Rechnet man hierzu die knappe Anzahl der sonstigen gemeinnützigen Krankenbetten, so wird ein Satz von etwa 6,5% erreicht. Dies wäre ein ähnliches Verhältnis, das Berlin bereits zu einer wesentlichen Vermehrung seiner Krankenbetten veranlaßt hat und dort trotzdem immer noch den Gegenstand ernstester Sorge bildet. Zum Vergleich einige günstigere Zahlen: Es hatte Braunschweig im Jahre 1912 bereits 7,5, Bremen 7,8, Wiesbaden 7,2, Kassel 8,8, Lachen 8,5, Karlsruhe 10 und Koblenz 13,8 Betten auf 1000 Einwohner. Und wenn wir auf das Jahr 1908 zurückgehen, so ist das (1800) gerade diejenige Ziffer, die die Gutachter bereits damals als Mindestbelegungsfähigkeit für ein Krankenhaus (Sudenburg) forderten und für durchaus nur auf 6 Jahre angesehen hatten. Diese Betrachtungen werden durchaus gestützt durch die praktische Entwicklung in Magdeburg. Wir sehen, daß mit einer gewissen Steifigkeit die Belegung der Krankenanstalten steigt und die Höchstbelegungsziffer in den letzten Jahresdurchschnitten fast erreicht worden ist. Hierbei muß besonders beachtet werden, daß wir gerade in letzter Zeit von Epidemien oder epidemieähnlichen Krankheiten fast vollkommen verschont geblieben sind. Es kann naturngemäß nicht Aufgabe der Stadt sein, für jede nur mögliche Epidemie die nötige Zahl Betten in den Krankenanstalten bereitzustellen. Es muß aber Grundsatze bleiben, daß das Hauptbelebungszentrum die Krankenanstalten bleiben, daß von hier aus eine Belästigungsaktion eingeleitet wird, wodurch die Verwaltung zurzeit ein sogenanntes Aktionsprogramm aufstellt.

Die durchschnittliche Belegung

betrug in den letzten beiden Jahren 1925 1236, 1926 1420 Kranken. Die Höhe legt aber beispielhaft sich auf 1894 Kranken im Jahre 1926, 1438 im Jahre 1926 bis November.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß unsere Statistik mathematisch genau die vollen Verpflegungstage zählt, nicht aber ausweist, daß häufig Krankenbetten an einem Tage mit mehreren Patienten belegt werden, so daß die faktische Belegungsziffer etwas höher angenommen werden muß.

Aus den Aufstellungen ergibt sich, daß fast sämtliche Kliniken der Krankenanstalt Sudenburg zu statistisch belegt sind, insbesondere aber die Frauenklinik und die Augen- und Ohrenabteilung, während die Kliniken der Altstadt sich immerhin im Rahmen der normalen Belegung halten, jedoch so, daß eine weitere Belästigung kaum infrage kommt. Hier muß also dringend Abhilfe geschafft werden, denn die Folge der zu hohen Belegung ist, daß die Kranken früher als ihrem Zustand zugänglich ist, entlassen werden, damit neuen Kranken Platz gemacht werden kann, ein im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege im höchsten Grade unerwünschter und auch die städtischen Wohlfahrtsinstitutionen stark belastender Umstand.

Wir halten deshalb für erforderlich: eine Erweiterung der Frauenklinik durch Aufstockung und die Schaffung von neuen Räumen für die Augen- und Ohrenabteilung. Durch diese beiden Maßnahmen würden auch Betten der Medizinischen Klinik, die bisher von der Frauenklinik benutzt wurden, wieder für jene frei werden.

Wir werden morgen die Fortsetzung der Denkschrift veröffentlichen, die Vorschläge für die weitere Ausgestaltung der Anstalten bzw. über einen Krankenhausneubau enthält.

auszuführen, aber damit wird das Ende noch lange nicht beigelegt. Mit dieser Summe können nur die Fortbildungszuschüsse für noch nicht im Schuldienst untergebrachte Schulamtsbewerber erhöht werden, es können 2000 Hilfslehrstellen eingerichtet werden und es können Bertholen an eine Anzahl solcher Schulamtsbewerber gegeben werden, die endgültig in einem anderen Beruf übertragen werden wollen. Der Preußische Landtag hatte bei der Billigung dieser Summe den Wunsch ausgesprochen, daß auch das Reich entsprechend mit seinen Mitteln helfen möchte.

Der Reichstag hatte sich darum auch zuerst bereit erklärt,

2,5 Millionen Mark für diesen Zweck neu in den Haushalt einzustellen, die Mehrheit ist aber von dem Beschluß zurückgetreten

und hat bei der dritten Lesung des Haushalt in nomineller Abstimmung mit 195 gegen 186 Stimmen die Summe wieder gestrichen. Das hat mit Recht allenfalls böses Mut gemacht,

denn wenn durchaus im Reichsgericht gespart werden mußte, dann hätte das doch ohne Frage an andern Stellen geschehen können. Der Bürgerblock hat aber für die Not des Volkes und die der Junglehrer im besondern kein Verständnis.

Zentnerweise Kleingeld

Eine „Kindesabschiebung“.

Die 28 Jahre alte sedige Landwirtstochter Margarete Lederer von Pingenhof wußte vor ihren strengen Eltern ihre Schwangerschaft zu verborgen und fuhr, als ihre Stunde herannahmte, zu ihrer verheirateten Schwester nach Nürnberg. Ihre Schwester und ihr Schwager opfernten ihre letzten Sparpfennige für die Unterbringung der Schwangeren im städtischen Wöchnerinnenheim und nahmen nach deren Niederkunft Mutter und Kind zu sich ins Haus. Das Mitgefühl der Leute ging so weit, daß der 30 Jahre alte Schwager, der Eisendreher Richard Schumann, mit Zustimmung der Kindesmutter den Säugling als sein eigenes, ehemlich geborenes Kind mit dem Namen Richard Schumann beim zuständigen Standesamt anmeldete und in das Geburtsregister eintragen ließ. Die Sache wurde rückbar, worauf Strafanzeige erfolgte. Das Schöffengericht Nürnberg zog bei Erwähnung des Falles als strafmildend in Betracht, daß Schumann bei dieser „Kindesabschiebung“ nicht aus unslauter oder gewinnstüchtigen Motiven gehandelt habe, und verurteilte infolgedessen den Schumann und die Kindesmutter wegen Vergehens wider das Personenstandsgebot in Tateinheit mit Urkundenfälschung zu je 6 Wochen Gefängnis und billigte beiden Bewährungsfrist zu.

Beim Besteigen des Fahrrades ermordet.

Als der Bauunternehmer Föhl in Dillingen vor seinem Hause sein Fahrrad besteigen wollte, wurde er von einem gegenüberliegenden Garten durch einen Bauchschnüff zu Boden gestreckt und starb nach kurzer Zeit. Die Polizei nahm einen Mann fest, der im Begriff stand, eine Reise nach Frankreich anzutreten. Auch die Frau des Ermordeten sowie drei weitere Personen wurden verhaftet.

Dauerrekord im Segelflug.

Am Dienstag gelang es dem ostpreußischen Lehrer Ferdinand Schulz anlässlich des Segelflugwettbewerbs in Rostock im Segelflugzeug einen Dauerrekord von 14 Stunden 8 Minuten aufzustellen. Schulz verbesserte damit den bestehenden Weltrekord um fast 4 Stunden. Bei der abends gegen 7 Uhr erfolgten Landung, die unweit der Startstelle erfolgte, wurde ihm ein begeistelter Empfang bereitet.

Ein Thüringer in Argentinien ermordet.

Ein junger Gaufelder namens Fritz Winkler ist auf einer großen Farm bei Bahia Blanca in Argentinien, wo er zu Errichtungsarbeiten verpflichtet war und bereits 4000 Pesos gespart hatte, mit dem Farmer, dessen ganzer Familie und dem Dienstmädchen (im ganzen sechs Personen) von zwei Arbeitern und der Frau des einen Arbeiters durch Arthiebe ermordet worden. Es dürfte sich um einen Nachstahl handeln. Die Täter raubten Wert Sachen und flüchteten.

Das Loch in der Decke.

Aus der Leipziger Gefangeneneanstalt in der Molkestraße sind zwei schwere Verbrecher, der 27jährige Schlosser Bachmann und der gleichaltrige Eisendreher Max Hegewald, ausgebrochen. Die beiden Einbrecher waren gemeinsam in einer Zelle im dritten Stock des Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Als am Sonntag früh gegen 6 Uhr ein Gefängnisbeamter die Zelle kontrollierte, bemerkte er, daß die beiden Häftlinge verschwunden waren. In der Decke bemerkte er ein Loch, durch das gerade ein Mann schlüpfen konnte. Die beiden Einbrecher sind äußerst gemeingefährliche und mit Buchthaus bereits vorbestrafte Burschen. Ein Einbruch in die Wohnung eines Fleischermeisters, bei dem 300 Mark und Bankbücher entwendet wurden, ist bereits von den beiden Flüchtlingen ausgeführt worden.

Vanderoleneinbrecher Spang verschwunden.

Als die Verhandlung gegen die Einbrecher in das Finanzzeugamt Berlin-Dahlem — wobei für 400 000 Mark Zigarettenbanderolen gestohlen wurden — am Dienstag vormittag ihren

Fortgang nehmen sollte, mußte der Vorsitzende zunächst mitteilen, daß einer der vier Hauptangeklagten, der Mechaniker Spang, im Untersuchungsgefängnis nicht mehr aufzufinden sei. Spang hatte auch eine längere Buchthausstrafe, die er in Haugard zu verbüßen hatte, „selbstständig unterbrochen“, wie er am Montag dem Gericht erklärte. Diesmal scheint ihm wieder ein Ausbruch gegückt zu sein. Nach dem Ausbruch aus dem Buchthaus hatte sich Spang längere Zeit in Berlin aufzuhalten und in dieser Zeit auch sechs Tage lang im Berliner Sportpalast während des Schätzgerichts eine Loge gemietet, in der er mit mehreren Damen bei Sekt dem Sport huldigte. Erst am 15. März wurde er wieder verhaftet. Seine Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis gilt einstweilen noch als Rätsel, da alle Schlösser und Türen unbeschädigt sind. Es verlaufen jedoch, daß Spang schon seit Wochen im Besitz sämlicher Schlüssel zum Ausbruch gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Spang, als den gefährlichsten der vier Einbrecher 4 Jahre Buchthaus, gegen die anderen Angeklagten Müller und Marschall je 2 Jahre 6 Monate Buchthaus, ebenfalls gegen Enders, der den Plan zum Bandenroldiebstahl entworfen hat.

Am Dienstag fällte das Gericht das Urteil, das über den Antrag des Staatsanwalts noch hinausging. So wurde der flüchtige Karl Spang zu 5 Jahren Buchthaus und 5 Jahren Fahrverlust verurteilt. Die Angeklagten Müller, Marschall und Enders erhielten je 3½ Jahre Gefängnis, Müller und Marschall außerdem je 5 Jahre Fahrverlust. Der Angeklagte Kurt Hermann wurde zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Gustav Kuche und Lübeck zu je 6 Monaten Gefängnis, Messinger zu 3 Monaten und die Chefrau Enders zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Schweres Fahrstuhlunglück in Berlin.

In der Apparate-Fabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin-Treptow sollte am Dienstag mittag ein neuer Lastenfahrstuhl einer Belastungsprobe unterzogen und abgenommen werden. Zu diesem Zwecke führten acht Arbeiter mit dem Fahrstuhl in die Höhe. Im zweiten Stockwerk blieb er jedoch plötzlich stehen und sauste kurz darauf mit großer Geschwindigkeit in die Tiefe, wo er zertrümmerkt wurde. Die acht Personen wurden sämtlich schwer verletzt, so daß bei verschiedenen Lebensgefahr bestellt. Es handelt sich durchweg um schwere innere Verletzungen und um verschiedene Wirbelsäulenbrüche. Das Unglück ist auf ein Reihen der eiserne Kette, an der die Kabine des Fahrstuhls hing, zurückzuführen. Es handelt sich um einen Materialfehler. Die Kette und ein 4 Zentner schwerer Flaschenzug stürzten auf den Fahrstuhl. Dadurch entstanden die schweren Verletzungen.

Explosion einer Lötlampe.

In Berlin war am Dienstag vormittag der Klempnermeister Heinrich Wolf in der Wohnung des Schlächtermeisters Karbe mit dem Reparieren einer Badewanne beschäftigt. Das Unglück ist auf die Lötlampe. Außer dem Klempnermeister wurden auch Frau Karbe und eine Hausangestellte durch Brandwunden schwer verletzt.

Bergmannslos.

Auf Schacht 2 der August-Drophsen-Hütte bei Duisburg starben bei Reparaturarbeiten zwei Arbeiter in den Schacht. Sie waren auf der Stelle tot.

Gefälschte Stempel der Reichsbehörden.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es dieser Tage durch einen Zufall gelungen, einen großen Beitrag zu vereiteln, dessen Opfer hohe Reichsbehörden sein sollten. Der Vertrüger konnte in der Person des „Kaufmanns“ Max Leflowsky festgenommen werden, der bereits mit 18 Jahren Buchthaus wegen Urkundenfälschung bestraft ist. Die Verhaftung erfolgte bei dem Versuch, gegen die Familie eines bekannten Berliner Bankiers ein groß angelegtes Betrugsmäntel durchzuführen. Als im Anschluß daran in der Wohnung des Schwindlers eine Haussuchung vorgenommen wurde, fand man hier gefälschte Stempel der höchsten Reichsbehörden. Mit ihrer Hilfe hatte Leflowsky bereits mit

einem großen Betrag begonnen, der nun allerdings kurz vor der Vollendung bereitstehen konnte. Vor kurzem war Leflowsky im Reichswehrministerium als Herr von Schenck erschienen und wies sich mit einem Empfehlungsschreiben eines deutschen Botschafters aus. Gleichzeitig wies er eine angebliche Anweisung des Reichspräsidenten v. Hindenburg vor, wonach ihm für Dokumente, die der Reichspräsident gleich zurückbehalten habe, 75 000 Reichsmark ausgezahlt werden sollten. Unter der Anweisung befand sich außer der Unterschrift auch der Stempel des Büros des Reichspräsidenten. Der Betrag sollte in einem Café ausgezahlt werden. „Von Schenck“ fand sich aber hier nicht mehr ein, weil er anscheinend Verdacht geschöpft hatte. Durch Rückfrage beim Reichspräsidenten wurde dann festgestellt, daß es sich tatsächlich um einen Schwindler handelt. Auch mit gefälschten Postanweisungen, auf denen sich ebenfalls Stempel der Reichsbehörden befanden, hat Leflowsky zu arbeiten versucht. Hierbei wären ihm beinahe 85 000 Mark ausgehändigt worden, wenn der Beamte nicht ebenfalls durch Rückfrage festgestellt hätte, daß es sich um einen Betrug handelt.

Altes Brautpaar.

In Tona (Dänemark) verheiratete sich am Montag ein 89jähriger Hofbeamter mit einer 84jährigen Witwe. Der Bräutigam war bisher Junggeselle.

Große Feuer in einem Polendorf.

Während eines in einem Bauerndorf in Katarzynow ausgebrochenen Brandes versuchte die Frau des Besitzers Godura ihre im brennenden Hause eingeschlossene fünfjährige Tochter zu retten. Mutter und Tochter trugen aber schwere Brandwunden davon, so daß sie wenige Minuten darauf starben. Das Feuer verbreite sich weiter, und es wurden noch drei andre Bauerndörfer einschließlich.

Ein Deserteur als Brigant.

Ein sizilischer Soldat, der aus einer kleinen Garnison in der Nähe von Turin vor Monatsfrist unter Mitnahme von Gewehr und Patronen desertierte, hat eine Art Brigantenleben auf den Bergen geführt. Er ließ sich von der Landbevölkerung durch Einräumungen unterstützen. Als er endlich von den Karabinieri überrascht wurde und auf diese schossen wollte, wurde er selbst erschossen.

Sieben Personen beim Landen eines Flugzeugs verletzt.

Ein Thorner polnisches Heeresflugzeug, das zu Propaganda Zwecken noch überflog, stieß beim Landen an einen Baum und fuhr in die zuschauende Menge hinein. Sieben Personen wurden verletzt, darunter eine schwer. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt.

Überflutungen in Westkanada.

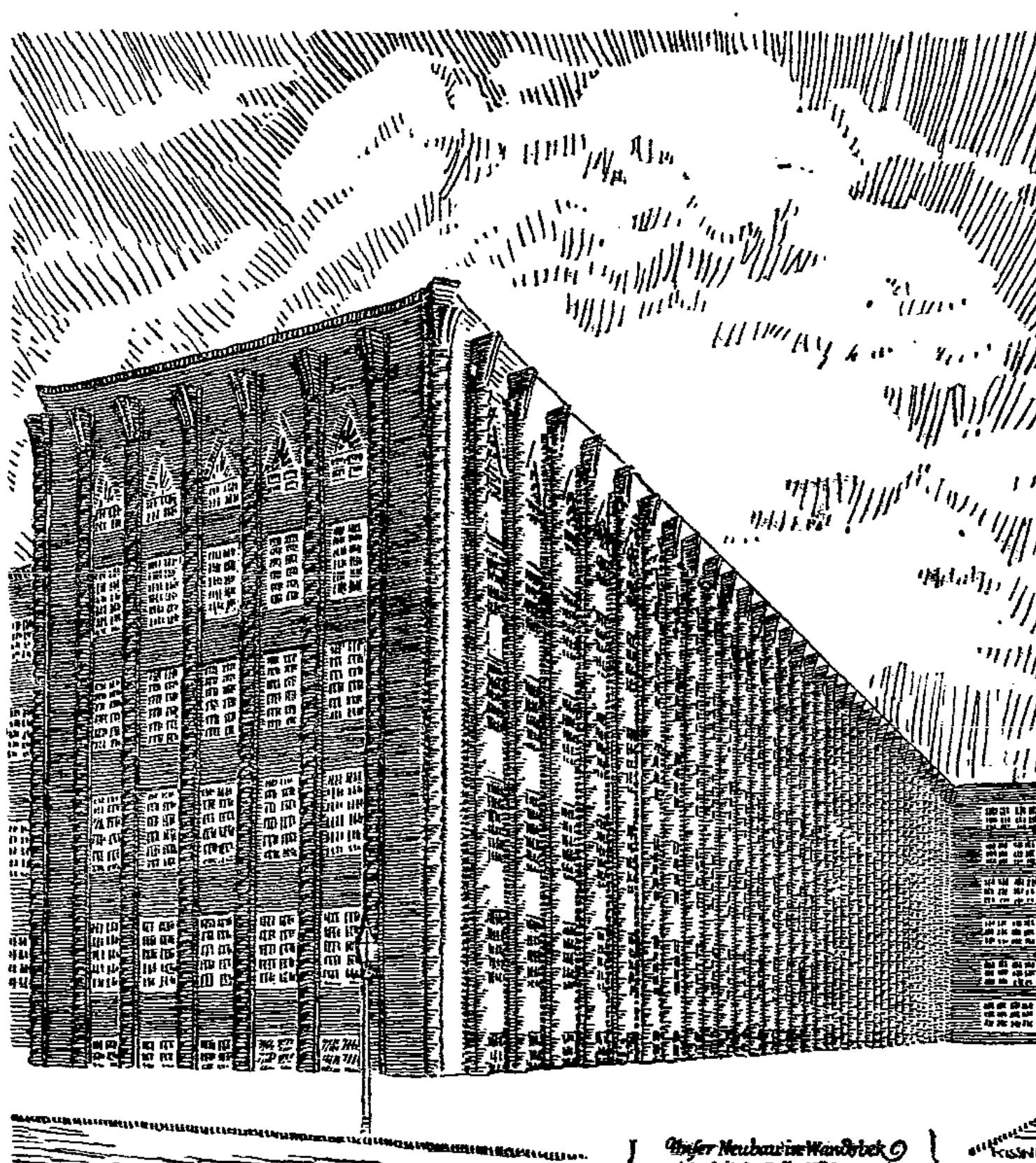
Die westkanadischen Weizendistrikte werden von einer schweren Überschwemmung heimgesucht, die bereits großen Schaden angerichtet hat. Überall werden die Bauern durch die Fluten gezwungen, alle Landarbeiten einzustellen, und man erwartet, daß die Aussaat unter Umständen verhängnisvolle Verzögerungen erfahren dürfte. Die Stadt Brandon ist durch die Fluten vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Einwohner müssen sich in Booten retten. Es wird befürchtet, daß die Überschwemmungen noch größer Umfang annehmen werden. Die Behörden treffen deshalb alle Vorsichtsmaßregeln.

Entdeckung einer Geldfälscherwerkstatt.

In Sololez bei Bialystok wurde von der Polizei eine Fälscherwerkstatt aufgedeckt, in der falsche polnische Scheidemünzen hergestellt wurden.

Fliegertod zweier amerikanischer Offiziere.

Zwei amerikanische Marineoffiziere starben am Dienstag bei der Rückkehr nach Hampton Roads mit ihrem in Brand geratenen Flugzeug ab. Sie fanden den Tod.



Hans Neubauer's Werkstat
(Architect: Fritz Höger 1925)

KUNSER



OVERSTOLZ Fabrik

hat ihre Tätigkeit begonnen.

Ihre äußere Gestalt zeigen wir im Bilde. Über den Wert der Arbeit, die in ihrem Innern geleistet wird, kann das Bild nicht viel sagen. Das Eine kommt aber vielleicht zum Ausdruck, dass wir nicht glauben, die Arbeit des Kaufmanns erschöpfe sich in rein materiellen Dingen.

Die Verbraucher unserer Ware mögen die zweckmäßige Schönheit unseres neuen Hauses als ein Symbol der Freude an der Arbeit betrachten: Freude am Schaffen und Liebe zum Fach veredeln die Arbeit in unseren Betrieben. Darum möchten wir heute die Anerkennung der Raucher auf die Leistung unserer Arbeiter und Angestellten lenken, von deren Sorgfalt und Geschick so vieles abhängt. Jede einzelne der vielen Millionen Zigaretten, die täglich unsere Arbeitsstätten verlassen, soll den Raucher aufs neue davon überzeugen, dass in unseren Fabriken trotz der grossen Mengen kein Massenfabrikat, sondern ein liebevoll gepflegtes Erzeugnis entsteht.

Klingen soll in unserer Worte das hohe Lob der Arbeit.

Hans Neubauer
• O. B. G. •

KÖLN · TRIER · HAMBURG · DRESDEN

Feld und Garten, Seleintierzucht

Garten im Mai

Alle Aussaaten, die sich verzögert haben, nehmen wir nun schleunigst vor, von Mitte Mai an kommen auch Bohnen, Gurken und Kürbis ins freie Land. Die auf Saatbeeten und unter Glas herangezogenen Gemüsepflanzen aller Arten werden jetzt auf die für sie bestimmten Beete gebracht. Das gilt in der zweiten Monatshälfte auch für die empfindlichen Tomaten.

Um den ganzen Sommer hindurch frisches Gemüse ernten zu können, macht man von Anfang Mai an folgende Aussaaten mit 8 bis 14 Tagen Abstand von solchen Gemüsen ins freie Land, die auch bei späterer Saat zur vollen Entwicklung kommen, wie Erbsen, Möhren, Karotten, Schnittsalat, Radies, Sommerrettich und Gartenkresse. Einige Beete hat man mit verschiedenem von diesen Gemüsen schon im zeitigen Frühjahr bestellt. Auch Puffbohnen kann man nötigenfalls noch ein zweites Mal säen. Außerdem werden im Mai auf Saatbeete im Freien gesät: Grünkohl, früher Blumenkohl und Wirsing, Rosenkohl und Kohlrüben.

Von Schwarzwurzeln und Mangold aus dem Vorjahr haben wir im April schon Ernte halten können, Spinat, Salat und Radies aus diesjähriger Saat schließen sich ihnen an. Spargel und Rhabarber liefern bald ihren Hauptertrag. Bei neuen Anlagen beginnt man mit der Ernte nicht zu früh, denn die jungen Pflanzen brauchen die Blätter zunächst zu ihrer Kräftigung. Der Spargel steht man für den Verkauf täglich zwei- bis dreimal, für den eignen Verbrauch kann man die Köpfe ruhig etwas blau werden lassen, ihr Geschmack leidet darunter nicht.

Ausgeerntete Beete sind sofort umzugraben, nötigenfalls neu zu düngen und von neuem zu bepflanzen oder zu bejäten. Zu der Sorge für die in der Entwicklung befindlichen Pflanzen gehört in erster Linie der Kampf gegen das Unkraut. Läßt man die Haie von Anfang an nicht ruhen, dann kann es nicht aufkommen. Gleichzeitig führt man den Pflanzenspuren Luft zu und hält den gelockerten Boden frisch. Auf das Auftreten von Schädlingsspuren ist peinlich zu achten. Mit jedem Eierhäufchen, das wir im Vorübergehen zerdrücken, vernichten wir Generationen gefährlicher Raubwesen. Beim Graben sammelt man Engerlinge, Laufendfüsse, Kuppen der Kohleule u. a. Beim Fäten entferne man auch alle gelb und weiß aussehenden Gemüsepflanzchen, und zwar möglichst vorsichtig, damit man die an ihren Wurzeln sitzenden Schädlinge mit an die Oberfläche bringt. Am besten geschieht dies morgens, da sich das Lingeziefer tagsüber in tieferen Bodenschichten zurückzieht. Das bei trockenem Wetter notwendig werdende Gießen und Sprenzen entlockt dem Gartenbesitzer manchen Seufzer, aber das Gießen mit Wasser ist falsche Sparweise.

Im Obstgarten müssen wir auf die neu gepflanzten Obstbäume aufpassen. Bäume, die nicht austreiben wollen, werden wieder ausgegraben, an den Wurzeln neu beschnitten und dann ein paar Stunden möglichst tief in Wasser getaucht. Daraus von neuem gepflanzt, zeigen sie bald Leben, denn das Ausbleiben des Triebes war nur die Folge von Wassermangel. Die Blüten des ersten Jahres lassen wir nicht zur Fruchtbildung kommen. Junge Bäume, die einseitig kräftige Triebe bilden, werden ins Gleichgewicht gebracht, indem man den stärker treibenden Trieb tief herunterbindet, den schwächeren hochstellt oder an dem stärkeren die Spitze abschneidet. Ferner hilft man dem schwächeren Trieb dadurch, daß man ihn auf der Unterseite, vom jungen Trieb bis ins alte Holz, mit schwächerem Meißel aufschlägt; das veranlaßt die Bildung eines neuen Gewebehürtels, der den Ast verdickt.

Um bei jahngewachsenden Obstbäumen den Trieb anzuregen, herabreicht man ihnen im Laufe des Monats mehrmals Gaben von gehörig verdünntem flüssigem Dünger. Während der Blütezeit brauchen alle Obstbäume sehr viel Feuchtigkeit. Je nach der Witterung müssen wir sie deshalb mehr oder weniger kräftig gießen, bei trockner Hitze ist auch wiederholtes Spritzen am Platze.

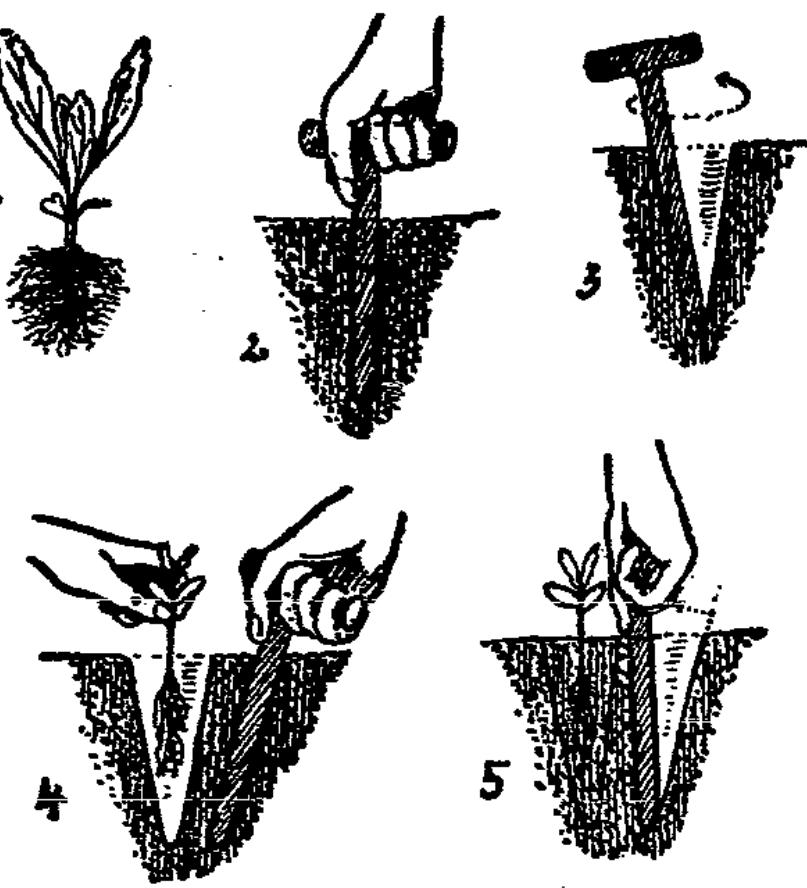
Höchst wichtig ist jetzt auch der Kampf gegen die Feinde der Obstbäume unter den Zypressen. Im jungen Zustand machen sich verdecktige Krebsellen bemerkbar. Schwarze Käppchen mit blauem Kopf, gekennzeichnet mit stark behaarter brauner Rückengelenkhaut, ragen direkt hervor und zerfressen ein Blatt nach dem andern. Wir haben es hier mit Kängelspanner und Goldfieberkäfern zu tun, welche am gründlichsten durch Zerkauen bekämpft werden. Manchmal sieht man Raubwesener direkt mit Geißfuß überzogen. Dann treten die schwärmiggrauen Käppchen der Geißfußmotte. Ist ein Geißfuß angegriffen, wird gleich daneben ein neues angelegt und so weiter, bis die ganze Baumkrone kahl dastehet. Auch hier hilft nur Zerkauen oder Abtreiben der Geißfuße mit der Raubwesensel, wo anders nicht beizukommen ist. Gernost muss diese Arbeit werden, sonst kommt die Geißfußmotte in zehnöchterlicher Vermehrung im Zent des gleichen Jahres wieder. Manche Triebe bekommen ein sonderbares Aussehen. Die Blätter rollen sich, die Triebe främmeln sich. Sehen wir näher hin, so sind Hunderte von Blattläusen die Ursache. Ihnen gehen wir mit Lebholz- oder Quermesserstreiche zu Leibe, die wir mit fein zubereiteten Spritzen auf die betroffenen Triebe bringen. Junge Schildläuse, die noch keinen Schild tragen, ragen an Regenfällen an gekräuselten Staubteilen und sind hier leicht zu zerdrücken.

Ausspflanzen der Gemüse

Zwischen den Aprilsätern, bei nicht zu niedriger Temperatur, ist die beste Zeit, Gemüsepflanzen, die im Freiland herangezogen wurden, auf die Beete zu legen, wo sie entzerrt werden sollen. Anhaltend heißes, sonniges Wetter ist für diese Arbeit viel ungünstiger. Da solchen Zeiten muss man dafür die frühen Morgenstunden oder den Abend warten und dann noch für gute Durchlüftung des Bodens

vor und nach dem Pflanzen sorgen. Auch das Beet, von dem man die Pflanzen wegnimmt, soll gehörig feucht sein, weil die Wurzelballen bei Trockenheit leicht auseinanderfallen. Wie ein gut bewurzelter Seesalat aussiehen muss, zeigt die Abbildung 1. Lang aufgeschossene oder verkümmerte und fränkische scheiden aus.

Beziehen wir Pflanzen vom Gärtner, dann schlagen wir sie, falls wir sie nicht sofort einpflanzen können, an schattiger Stelle in feuchte Erde so ein, daß die Wurzeln völlig bedeckt sind. Im eigenen Betrieb gewonnene Seesalatpflanzen lassen wir natürlich bis zu dem Augenblick, wo das neue Beet empfangsbereit ist, an ihrem Standort. Zum Ausheben benutzen wir eine kleine Blumenkelle, zum Einspflanzen am besten das



Pflanzholz. Als solches kann jeder angekippte runde Holzstäbchen von 3 bis 4 Zentimeter Durchmesser und 25 Zentimeter Länge dienen. Zweckmäßig, aber nicht unbedingt nötig, ist es, wenn er eine gerade oder gebogene Handhabe aufweist. Mit dem Pflanzholz wird ein Loch in die Erde gehobt, tief genug, daß die Wurzeln ohne Verkrümmung darin Platz finden (Abb. 2). Durch kreisförmiges Drehen des Pflanzholzes erweitert man das Loch (Abb. 3), hängt die Pflanze hinein, wobei darauf achtzugeben ist, daß die Wurzeln unverkrümmt in die Erde kommen (Abb. 4), und drückt nun mit dem Pflanzholz die Erde fest und gleichmäßig an die ganze Länge der unterirdischen Pflanzenteile hinan (Abbildung 5). Es genügt nicht, nur oberflächlich anzudrücken, da in diesem Falle gerade diejenigen Wurzelnenden nicht fest von der Erde umschlossen werden und deshalb auch keine Nahrung und Feuchtigkeit aufsaugen können. Ein anderer häufig vorkommender Fehler ist die zu tiefe Pflanzung. Die Seesalatpflanze darf nicht tiefer in die Erde kommen, als sie im Saatbeet gestanden haben. Der unterste Blattansatz muß also noch sichtbar sein, auf keinen Fall dürfen die untersten Blätter mit vergraben werden. Den Schluss der Pflanzarbeit bildet das Anziehen. Man verwendet dabei eine möglichst leichte Gießkanne oder einen Topf mit Ausguß und bemühe sich, den Strahl rings um die Pflanze auf die Erde fallen zu lassen, nicht unmittelbar in die Pflanze hinein. Dadurch füllt sich das Pflanzloch gleichmäßig mit Erde, die von außen hereingebläst wird, und unter und neben dem Pflanzballen bleiben keine Hohlräume.

Tomaten im Freiland

von Ludwig Schöp

Erfolg im Anbau der Tomate bringt guter, in reicher Dungkraft stehender Boden in sonniger, windgeschützter Lage. Lehmboden oder lehmiger Sandboden sagen dieser Pflanze südlicher Herkunft am meisten zu. Als vorbereitende Maßnahmen sind folgende zu empfehlen: Untergraben oft, guten Düngers im Herbst oder Winter mit gleichzeitiger Bodenbearbeitung auf 30 bis 40 Zentimeter, kümmerliche Düngung im Frühjahr, und zwar 4 Kilo Superphosphat, 3 Kilo 40prozentiges Kalisalz und 2,5 Kilo schwefelaures Ammoniak oder ein ähnliches Stickstoffdungungsmittel auf 100 Quadratmeter. In Stelle von Superphosphat kann man auch im Winter 6 bis 8 Kilo Thoma-Mehl geben. Kalkarmen Boden verbessert man zweckmäßig bei der Bestellung für die Vorfrucht, damit die Tomaten alle Nährstoffe gleichmäßig verteilt und zugänglich im Boden vorhanden.

Die im Gewächshaus oder im Kübelbeet, in Ton- oder Papptöpfen herangezogenen Tomatenpflanzen sollen bis Mitte Mai so weit entwickelt sein, daß sie alsbald nach dem Ansäen ins Freiland auszängen zu blühen. Sie dürfen von dem Standortwechsel sozusagen gar nichts merken und müssen deshalb schon gehörig abgehärtet werden, um und feste Wurzelballen besitzen. Dadurch werden Störungen im Nachwuchs vermieden. Zeigt fröhlicher die Pflanzen ins Freie kommen, um so früher haben wir reife Früchte. Es ist deshalb in Wirtschaftlichkeit nichts gewagt, wenn wir schwache Pflanzen billiger kaufen als starke. Sie brauchen entsprechend längere Zeit zur Entfaltung und lassen uns lange auf Ernte warten. Dieser steht der erste Herbstrost unerbittlich ein Ziel, je später sie beginnt, desto geringer also der Gesamtertrag.

Die Tomatenpflanze stellt hohe Ansprüche an Licht und Wärme. Das müssen wir beim Pflanzen berücksichtigen. Für Wärme sorgen wir durch Anbau eines geschützten Platzes, mit Licht durch gerinnige Pflanzung. Bei jedem möglichen Anbau pflegt man die Pflanze, die zum Anbinden notwendig sind und vor der Pflanzung gekeilt werden, in Reihen von 50 Zentimeter Abstand angeordnet und zwischen ihnen 50 Zentimeter Raum zu lassen. Enger zu pflanzen, ist auch

im Garten nicht ratsam, denn sonst erschwert man sich die Bodenlockerung und sonstigen Pflegearbeiten zu sehr. Damit kein Unkraut aufkommt, muß fleißig gehäuft werden, bei Trockenheit ist ausgiebig zu wässern und bei starkem Fruchtanfall mit Saucie nachzudüngen. Sobald die Pflanzen angefangen, üppig zu wachsen, werden sie zweimal in der Woche durchgeschnitten und aller Seitentriebe beraubt. Auf diese Weise erhält man einen Haupttrieb, an dem sich die Blütenstände bilden. Er ist sorgfältig anzubinden, möglichst locker, damit er nicht eingeschnürt wird, wenn er sich bei weiterem Wachstum verdichtet. Bis Mitte oder Ende August läßt man den Haupttrieb wachsen, dann wird er geköpft, damit alle Kraft der Pflanze nur noch den Früchten zugute kommt, die schon angesetzt wurden. Weitere Blüten haben keinen Zweck, weil die daraus entstehenden Früchte doch nicht mehr reifen können. —

Keine magere Erde für Saatbeete!

Wer die Regel, man solle die Erde für Saatkästen und Saatschalen mit Sand vermischen, so deutet, die Sämlinge müßten zunächst auf schmale Rost gesetzt werden, ist in einem schlimmen Irrtum. Im Gegenteil, das Pflanzchen, das den Mangel seines Samenkorns aufgebraucht hat, muß sofortreichlich Nahrung vorfinden, um weiterleben zu können. Ein nur vorübergehender Mangel in diesem Stadium kann sich in der späteren Entwicklung sehr störend fühlen machen. Wachstumsstörungen erleichtern auch den Schädlingen den Angriff auf die zarten Pflanzen. Verstopft man verdächtige Sämlinge, dann beobachtet man oft eine überraschende Kräftigung. Reichlicher Nahrungsvoorrat in der neuen Erde hilft dem Pflanzchen, die Hemmung überwinden und den Schädlinge abwehren.

Die Bereitung zu magerer Erde für Saaten ist meist auf zu große Angst vor Fäulnis zurückzuführen. Eine Beimischung von Sand fördert allerdings sehr die Wurzelbildung der Keimlinge. Er scheint die Erde für die zarten Wurzeln aufzuschließen. Nährstoffe, nach denen sie streben könnten, enthält er ja so gut wie gar nicht. Man darf aber in Erwartung dieser Wirkung des Guten nicht zuviel tun, darf nicht die Nährstoffe in der Erde so stark verdünnen, daß die jungen Pflanzen bleichsüchtig werden. Mit allen Nährstoffen gefärbte, gut zerteilte, durch Sandbeigabe locker gehaltene Erde ist das Beste für alle Art Aussaaten. —

Geflügel und Kleintiere

Der Nachwuchs für die nächsten Zuchtyahre sollte auf dem Geflügelhof in der Hauptbache schon ausgeküpft sein, wenigstens sollte man nach Mitte Mai geschlüpft Küken der schweren Rassen nicht mehr zur Zucht bestimmen, weil sie vor Beginn der rauhen Jahreszeit nicht mehr ausreisen. Von den leichteren Rassen dagegen kann man in diesem Monat noch Nachzucht erwirken. An Glüden wird jetzt kein Mangel sein, zum Aufzüchten von Schlachttieren kann man sie jetzt verwenden. Da dies nicht beachtet wird, vertreibe man die Brutlust, indem man die Henne, sobald sie Reigung zeigt, in die Nähe zu führen, einem etwas erhöht mitten im Auslauf stehenden Käfig sperren. Diese Seitenwände und Boden nur aus einzelnen Laternen bestehen. Das Aufzäpfen in einem Saal, Untertauchen und ähnliche Maßnahmen sind unnütze Quälereien, deren sich ein standiger Züchter nicht schuldig machen darf.

Den Küken gebe man recht viel Grünputter. Bei guter Witterung gehören sie ins Freie. Auf ihre vielseitige Ernährung größte Sorgfalt zu verwenden. Was in den ersten Lebenswochen benötigt wird, läßt sich später nie mehr ganz ausgleichen. Neben der kleinen Schale soll man aber auch die alten Tiere nicht vergessen. Auch sie müssen mit Überlegung gefüttert werden. Vieles Geflügelhaltungen verkennt man noch den hohen tierischen Futterstoffe. Man füttert in der Regel die Stoffe, man zur Hand hat, oder die gerade am billigsten zu erhalten sind; aber diese oft einseitige Futterungsweise ist nur sehr selten die rentabelste. Wo nur eine kleine Schale gehalten wird, den Hühnern freier Auslauf zugewiesen werden kann, da spielt zwar die animalische Futterfrage keine entscheidende Rolle, da in den ersten Tagen durchweg schon die Kükchenabfälle genügend animalische Nährstoffe aufzuweisen werden, im letzteren Falle sind die Tiere die animalische Futtermenge selbst im Freien, vorab gezeigt, daß der Auslauf nicht gut zu därflichtigen Boden enthalten. Wo die natürlichen animalischen Futterstoffe fehlen, muß man den benötigten Kunstfutterstoffen greifen: Grünmehl, Fleischmehl, Knoblauchmehl, Garnelen, besonders Kükenfutter u. a. Das ausgewähltes Kükenfutter bildet Brennnesseln, im Sommer gejährt und unter das Weichfutter gemischt, im Winter getrocknet; das rentabelste. Wo nur eine kleine Schale gehalten wird, den Hühnern freier Auslauf zugewiesen werden kann, da spielt die animalische Futterfrage keine entscheidende Rolle, da in den ersten Tagen durchweg schon die Kükchenabfälle genügend animalische Nährstoffe aufzuweisen werden, im letzteren Falle sind die Tiere die animalische Futtermenge selbst im Freien, vorab gezeigt, daß der Auslauf nicht gut zu därflichtigen Boden enthalten. Wo die natürlichen animalischen Futterstoffe fehlen, muß man den benötigten Kunstfutterstoffen greifen: Grünmehl, Fleischmehl, Knoblauchmehl, Garnelen, besonders Kükenfutter u. a. Das ausgewähltes Kükenfutter bildet Brennnesseln, im Sommer gejährt und unter das Weichfutter gemischt, im Winter getrocknet; das rentabelste.

Die Küken beginnen jetzt zu brüten. Vorteilhaft ist beim Durchschneiden der Eier noch acht Tage die unbeschriebene Puteneier durch Hühnerreier zu erzeugen. Die Küken schlüpfen daraus dann gleichzeitig mit den Putenküken. Das hat den Vorteil, daß die anfangs recht dummen und unbeholfenen Putenküken von den Hühnerküken schneller das Kreischen lernen. Ein Taubenschlag achtet man auf stets jüngere Tiere und den leidigen Tauber, weil sie durch ihr Bedrängen der Küken manche Brut verderben. Man sorge ferner dafür, daß die Kükenfutter nicht überhand nimmt und halte die Küken und Reste sauber.

Für den Kleintierhalter bedeutet es eine große Leichtigkeit, daß die Natur nur wieder Futter für seine Tiere liefert. Die Wintersfuttervorräte sind erschöpft und es wird Zeit, daß man allmählich zum Grünfutter übergehen kann. Dabei Vorsicht geboten. Um das Neberfressen zu verhindern, wird natürlich neuerdings noch gutes Heu gegeben. Besonders gefährlich das Grünfutter den jungen Ziegen und Kaninchen. Den Ziegen älter wie jungen, berücksichtige man möglichst viel Bewegung im Freien. Auf der Weide entwölken sich die Lämmer besser im Stalle. Wer mehrere Ziegen hat, benutze nach Möglichkeit die Frühjahrsbrunst, um ein Tier deponieren zu lassen, damit die Wölferzeugung nicht unterbrochen wird. Wollfänger löst 12 Wochen lang, Ziegenfänger 4 bis 6 Wochen lang die Nutztiere milchigen genießen. Nach 4 Wochen kann man nebenbei Heu geben.

Die ersten Würze der Kaninchen erreichen im Mai Alter, in dem man sie von der Mutter wegnehmen kann. Soll jedoch nicht vor Ablauf des zweiten Lebensmonats geschoben. Die Jungtiere trennen wir nach Geschlechtern, sie dürfen noch 2 bis 3 Wochen in einem genügend großen Käfig zusammenbleiben, man kann sie aber auch gleich einzeln sperren. Wollt man es, den Jungtieren täglich einige Stunden Auslauf geben. Die Hörnchen, die im März geworfen haben, läßt man etwa 8 bis 10 Tage nach dem Absetzen der Jungtiere aufzudecken. Wer ein Schwein füttern will, laßt sich am besten in diesem Monat ein mindestens 6 Wochen altes Ferkel, schon etwas an die Grünfütterung gewöhnt ist. —

Schreier und Helfer

Der Stahlhelm will nach der Ankündigung seines Bundesvorsitzenden am Sonntag Berlin erobern. Es fehlt aber an Moneten, und so sieht man die stolzen „Großerer“ seit Wochen mit traurigen Rücken und dem Bettelsack in der Hand vor den Türen der großen Schloss- und Krautjunker stehen und milde Gaben für Kleine und Verpflegung erbitten. Es fehlt auch an der Sympathie der Bevölkerung, die man durch lautes Schreien und bombastische Ankündigungen vergeblich zu gewinnen sucht. Wer den Stahlhelm und sein schwaches Rückgrat kennt, lächelt nachsichtig oder wendet sich angewidert ab. Und alle Welt würde sich über die „Großerer“ noch mehr amüsiert, wenn ihnen nicht von den freiwilligen oder unfreiwilligen Helfershelfern aller Reaktionäre, von den Kommunisten, eine Macht angedichtet würde, die sie gar nicht besitzen. Der Stahlhelm, behaupten sie, könnte am Sonntag tatsächlich Berlin erobern, damit hätte er ganz Deutschland und die Stahlhelmdiktatur, die faschistische Diktatur nach dem Muster Mussolinis wäre da. Das müsse dadurch verhindert werden, daß sich die gesamte Arbeiterschaft — selbstverständlich unter kommunistischer Führung — den Stahlhelmern zum Gefecht stellen müßte. Als Hilfsmittel werden empfohlen: Verkehrsstreik und über ganz Deutschland hinweg Bildung von Abwehr-Einheitskomitees.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft lehnt diese kommunistischen Künsterlischen ab, die nur den einen Erfolg haben können, den Stahlhelminnern wichtig zu machen. Ohne das kommunistische Gefecht wird der schwarzweißrote Film am Sonntag in Berlin langweilig ablaufen und einige Tage später würde, außer den Stahlhelmern selbst, kein Mensch mehr davon reden oder doch höchstens nur im humoristischen Sinne.

Aber die Stahlhelmer haben ihre lieben Kommunisten, die für Neigungsmöglichkeiten sorgen wollen, indem sie ihren Berliner Anhang aufzufordern, dem reaktionären Aufmarsch die nötige Staffage zu bilden. Denn die Kommunistenführer brauchen Zusammenstöße zur Belebung des siedelnden Organisationskörpers genau so notwendig wie die Stahlhelmsführer. Dann könnten sie wieder losheulen und der Sozialdemokratie in der Gestalt des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidiums alle Schuld in die Schuhe schieben.

Diesem Treiben entgegenwirkend veröffentlicht der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins in der Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“ einen Aufruf, der die Berliner Arbeiterschaft auffordert, den Veranstaltungen des Stahlhelms am Sonntag fernzubleiben. Arbeiterblut ist zu kostbar, als daß es kommunistischen oder reaktionären Zwecken geopfert werden darf. Den Kommunistenführern freilich ist es prächtiger Agitationssstoff. Fragt sich nur, wie lange es noch dauert, bis sie selbst in dieser blöden und blutrünstigen Agitation ersticken und der Feind im Rücken der lärmenden Sozialdemokratie verschwinden wird. Es wird höchste Zeit, damit beide Arme des Proletariats frei werden zum Kampfe gegen rechts.

Die Spiegel-Partei

Das gemeinste Mittel im politischen Kampf ist der Spiegel. Seiner bedienen sich in der Regel Elemente, die moralisch mit ihm auf gleich niedriger Stufe stehen. Aber auch politische Organisationen glauben ohne Spiegel nicht auskommen zu können. Es sind dies jene Bankrottgebilde der Reaktion und die Kommunistische Partei. Dort sind die Spiegel zu Hause (siehe Spiegelalarm nach der Kommunistischen Partei) und werden auch ständig in Reinlichkeit gejüngt.

Der Ableger dieser Partei, der Rote Frontkämpferbund, treibt es nicht besser. Er besitzt eine eigene Spiegelorganisation, die groß aufgezogen ist. Diese Spiegelorganisation führt den Namen „Reichsgesetzgeger“. Der Organisationsplan der Spionage ist niedergelegt in „Richtlinien über den Aufbau des Gegner-Kessels im RFB“, die von der Bundesführung herausgegeben sind, streng vertraulich behandelt werden sollen und nicht einmal den Funktionären bekannt werden dürfen.

Einem Auszug aus diesen Richtlinien, den der „Vorwärts“ zu veröffentlichen in der Lage ist, entnehmen wir, daß der Zweck der Spiegelorganisation ist, „Anknüpfung von Verbindungen mit proletarischen und halbproletarischen Elementen in den gegnerischen Organisationen“ zu suchen. Als solche werden genannt: a) die bürgerlichen Wehrverbände mit schwarzweißroter Ideologie; b) die bürgerlichen Wehrverbände mit schwarzrotgoldener Ideologie. Und zum Zeichen dafür, daß sich die Spiegel bei besonders gegen die letzteren richten soll, werden sie namentlich aufgeführt: Reichsbauern Schwarzer-Rot-Gold, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Sozialistischer Kampfbund, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Selbsthilfegruppen.

Die Spiegelorganisation erhält in jedem Gau, Untergau, in der Ortsgruppe bzw. Abteilung einen Kopf von drei Mann, dem ein Kommandant beigegeben wird. Dann heißt es wörtlich weiter:

Durch rege persönliche Verkehr, Diskussion, ständige Besicherung mit unsrer Literatur sind die Beziehungen zu proletarischen Anhängern der gegnerischen Organisation unter ständiger Kontrolle der Gau- und Führung engen zu gestalten mit dem Ziel, den Betreffenden für die rote Klassenfront zu gewinnen.

Das heißt nicht, ihn sofort auch für unsre Organisation zu gewinnen. Vielmehr soll er nach Möglichkeit seine Feuerprobe erst bestehen, indem er in seiner bisherigen Organisation im Sinne der roten Klassenfront unter seinen übrigen Klassengenossen arbeitet. In Fällen, wovon das nicht möglich ist, kann der Übergang in den RFB auch so erfolgen. Anzustreben ist jedoch, ein dauerndes Vertrauen der Freien und jüdischen Organisationen zu schaffen.

Größere Unberechenbarkeit ist wohl kaum auszudenken. Neben allgemeinen Richtlinien laufen noch spezielle Anweisungen, die u. a. verlangen, daß der Spiegel nicht gleich als R. F. B.-Mann auftreten, sondern als aufrichtiger „Freund sich geben“ soll. Ehrliche Arbeiter werden solchen schmugeligen „Freunden“ die nötige Verachtung entgegenbringen.

Bürgerblock gegen Aufwertung

Der Reichsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag seine Verhandlungen über die zur Aufwertungsfrage gestellten Anträge wieder auf. Abg. West begründete seine, auf eine wesentliche Neugestaltung der ganzen Hypothekenaufwertung abzielenden Anträge. Von Reichsjustizministerium wurde gegen diese Anträge der Einwand erhoben, daß sie juristisch und wirtschaftlich un durchführbar seien. Die Regierungsparteien schlossen sich diesen Einwenden an und stimmten die Anträge nieder, während die Sozialdemokratie ihnen fast durchweg zustimmt. Abgelehnt wurde auch ein demokratischer Antrag, der die Hafteklausel des Schuldnerns aus dem Gesetz streichen will.

Vor einer sehr ernste Frage wurden die Regierungsparteien gestellt, mit dem sozialdemokratischen Antrag, der 1. bei der Darlehnshypothek eine über 25 Prozent hinausgehende Aufwertung lediglich der persönlichen Forderung, also nicht des dinglichen Rechts verlangt, wenn dies zur Abwendung einer groben Unbilligkeit und unabsehbar erscheint; 2. die Beschränkungen streichen will, denen die Aufwertung der persönlichen Forderung bei der Reichskaufhypothek unterworfen ist. Bei Begründung dieses Antrags wies Abg. Seidl (Soz.) nachdrücklich darauf hin, daß ihm weder juristische, noch verwaltungstechnische, noch allgemeinwirtschaftliche Schwierigkeiten im Wege ständen, daß er aber geeignet sei, wenigstens einen Teil des Unrechts gutzumachen, das durch das Aufwertungsgesetz angerichtet worden ist.

Abg. Wunderlich (Dt. Vp.) erkannte an, daß der Antrag erwägenswert sei, will aber seine Haltung von dem Urteil der wirtschaftlich eingestellten Ministerien abhängig machen. Der Ausschuß beschloß, diese Ministerien zur nächsten Sitzung einzuladen.

Hochschullehrer und Politik

Von einem Hochschullehrer wird uns geschrieben: Die deutschen Hochschullehrer, deren Einfluß auf Staat und Gesellschaft zwar in früheren Perioden der deutschen Geschichte ein erheblich größer gewesen ist als in der Gegenwart, haben eigentlich niemals eine politisch homogene Masse gebildet. Das wird zwar mancher als einen Nachteil ansehen. Man muß jedoch berücksichtigen, daß diese politische Verbindung der Professorenswaft in der Weisheit der politischen Parteien Deutschlands und der einzelnen Länder ihr Gegenstück findet.

Unterseits dürfte die mit der fehlenden Einheitlichkeit unlösbar verbundene mangelnde politische Stoßkraft auch viele auf ihrem eignen Forschungsgebiet besonders hervorragende selbständige denkende Köpfe dazu geführt haben, dem politischen Leben den Rücken zu kehren. So ist es zu jenem überwiegend passiven Verhältnis der deutschen Hochschullehrer in der Bismarckzeit und wilhelminischen Zeit gekommen, in der zudem die wirtschaftlichen Fragen immer mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses traten und an der anderseits gerade die führenden Kreise der Hochschule durchaus nicht so lebhaft interessiert waren wie die arbeitende Bevölkerung.

Einf die mit dem Weltkrieg einsetzende Erschütterung der gesamten Verhältnisse hat die so lange brachliegenden politischen Kräfte der deutschen Hochschulen belebt. Es muß daher auch, unter dem Gesichtspunkt des gesamten deutschen politischen Lebens betrachtet, als eine bedeutungsvolle Tatache gewertet werden, daß die Zahl der deutschen Hochschullehrer, die sich offen und ehrlich zum modernen deutschen Staat und zur Weimarer Verfassung bekennen, dauernd in Wachsen begriffen ist. Darin darf man wohl die Hauptbedeutung der diesjährigen Weimarer Hochschultagung (24. bis 26. April) erblicken, die an die besten Traditionen von 1814—1848 unmittelbar anknüpft, und zu der sich über 100 Hochschullehrer und Angehörige der verschiedensten politischen Parteien sowie der verschiedenen Fakultäten vereinigten, um klar und deutlich Zeugnis dafür abzulegen, daß die Zeit der politischen Interesselosigkeit für die deutschen Hochschullehrer vorüber sei und nur auf dem Boden der durch die Weimarer Verfassung fest begründeten deutschen Republik ein Wiederaufbau Deutschlands überhaupt möglich ist.

Von den Hauptrednern der Tagung, Prof. Kahl (Berlin, M. d. R., D. Vp.), Götz (Leipzig, M. d. R., Dem.), Hellpach (Heidelberg, Dem.) und Graf Dohna (Bonn, D. Vp.) wurde dieser Gesichtspunkt ganz besonders deutlich in den Vordergrund ihrer Ausführungen gestellt, und wenn auch die Diskussion, nicht ohne Schuld einzelner Juristen, sich schließlich in Spezialfragen verzerrte, so blieb doch der große Eindruck von der Einhelligkeit der Anschaungen in den grundlegenden Fragen bestehen.

Gegen das Ausnahmegesetz

Der zweite Tag des parlamentarischen Kampfes der englischen Arbeiterpartei um den Gewerkschaftsentwurf stand bereits im Zeichen der verschärften Opposition. Der Hauptredner der konserватiven Regierung im Unterhaus, Washington, wurde in seiner Rede heimlich während eines jeden Sitzes durch Zwischenrufe unterbrochen und war im Hause zeitweise völlig unhörbar. Er schloß unter lärmendem, ironischem Gelächter der Arbeiterpartei.

Das wichtigste Ereignis des Tages war eine Rede von Arthur Henderson, in der dieser, gestützt auf dokumentarisch belegtes Material nachwies, wie von Unternehmern und Regierung gemeinsame Vereinbarungen aller Art von geheimen Boykotts und Einschüchterungen

methoden gegen die Arbeiter angewendet würden, ohne daß dieses angeblich unparteiische Gesetz die Arbeiterschaft im geingsten dagegen schütze.

Der Fraktion der Arbeiterpartei lag bei ihrer Dienstagsitzung ein Telegramm Adams Macdonalds aus Philadelphia vor, in dem er angesichts des Kampfes um das Gewerkschaftsgesetz besonders bedauert, durch Krankheit noch weiter in Philadelphia zurückgehalten zu werden.

Aufteilung Österreichs?

Ein Berliner Morgenblatt brachte am Dienstag eine Meldung aus London, die von neuen Plänen über eine Aufteilung Österreichs wissen will. Während der letzten Genfer Ratstagung soll der Plan erörtert werden sein, daß der größere Teil Österreichs mit Wien Deutschland überlassen und dafür der Tschechoslowakei und Südmähren österreichische Grenzgebiete zugestanden werden sollen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, offenbar instruiert von Regierungssseite, bemerkt dazu: „Der ganze Gedankenkreis dieser Meldung trägt schon den Stempel unwahrscheinlicher Kombinationen. Es bedarf wohl kaum einer besonderen Feststellung, daß man in Deutschland solche Gedankengänge ablehnt und seiner Beachtung für wert hält.“

Ähnlich äußert sich die „Germania“, die von einer aus der Luft gegriffenen Erfindung spricht und die Wiedergabe derartiger Meldungen scharf kritisiert.

Notizen

Waffenstillstand in Nicaragua. Eine 48stündige Waffenruhe ist am Dienstag mittag 12 Uhr in Kraft getreten. Sie ist vereinbart worden, um General Moncada, den liberalen Militärführer, zu ermöglichen, nach Tibitapi zu gehen, wo er eine Konferenz mit Präsident Coolidges' persönlichen Vertreter Simson haben wird.

Protest der Internationale. Im Verlauf der Maidemonstrationen wurden in Sofia mehrere maßgebende Gewerkschaftsführer von der Polizei festgenommen und bis heute in Haft gehalten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat deshalb gegen diese Maßnahmen an die bulgarische Regierung ein Protesttelegramm gerichtet und die sofortige Freilassung der Gewerkschaftsführer verlangt.

Umgekehrt wie in Deutschland. Aus Amsterdam wird gemeldet, daß in Holland eine Hetzbereitung des Posttarifs für den Briefverkehr im Inland und mit den Kolonien bevorsteht.

Tagungsort der Dreimächtekonferenz. „Times“ meldet aus Washington: Die Anregung, daß die britische Regierung als Tagungsort für die Dreimächtekonferenz zur Flottenbeschränkung eine Stadt vorziehen würde, die näher bei London liegt als Genf, ist beim Staatsdepartement eingetroffen. Es wird verübt, daß, wenn Großbritannien und Japan sich über einen andern Zusammensetzungsort einigen, kein amerikanischer Widerstand dagegen zu erwarten ist.

Mussolinis Opfer. Der Großmeister der italienischen Freimaurer, Donizio Tortrigiani, der zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, ist zur Verbüßung seiner Strafe nach den Liparischen Inseln gebracht worden. Boniboni soll seine 30 Jahre Zuchthaus in der Strafanstalt von Porto Ercole verbüßen. Ein Drittel der Strafe (also 6 Jahre) beziehen in Einzelhaft.

Depeschen

Aufruf der Berliner Polizei

Berlin, 4. Mai. (Eigner Drachbericht.) Der Berliner Polizeipräsident Bürgiel veröfflicht hieute einen Aufruf an die Berliner Bevölkerung, in dem er zu Ruhe anholt des bevorstehenden Stahlhelmtags mahnt.

In dem Aufruf wird noch einmal auseinandergesetzt, welche umfassenden Maßnahmen die polizeilichen Schutzeorgane getroffen haben, um die Sicherheit der Berliner Straßen am 7. und 8. Mai zu gewährleisten und alle Versuche, politische Meinungsverschiedenheiten auf gewaltsame Weise zum Ausdruck zu bringen, im Keime zu erstickten.

Die Bevölkerung von Berlin wird aufgefordert, sich gegenüber den Demonstrationen die größte Zurückhaltung aufzuzeigen. Ferner wird ausdrücklich betont, daß die Polizei gerüstet sei, feuerlei Ordnungswidrigkeiten zu dulden, gleichviel, von welcher Seite sie beabsichtigt sein sollten.

Verbot der kommunistischen Demonstrationen

W. Berlin, 4. Mai. Der Polizeipräsident hat an die Kommunistische Partei Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz und an den Roten Frontkämpferbund, Gau Berlin-Brandenburg-Lausitz, ein Schreiben gerichtet, in dem für den 7. und 8. Mai in Berlin geplante Gegenstundgebungen der Kommunisten verboten werden. Auch der geschlossene Abmarsch in Berlin entsprechender Kommunisten von den Bahnhöfen ist verboten.

Geständnis eines Tormörders

W. Berlin, 4. Mai. Der Lieutenant a. D. Nikolai Reim, der bei seiner Festnahme in Italien und nach seiner Auslieferung jede Beteiligung an dem Tormord an Wachtmeister Legner bestritten hatte, hat nunmehr gestanden, daß er gewesen zu sein, wie Legner von Büsing auf dem Übungsbalk erschossen wurde.

Er selbst sei jedoch nicht an der Tat beteiligt gewesen. Auf Grund der Aussagen Reims wurden zurzeit umfangreiche Nachgrabungen nach der Leiche Legners ange stellt.

Republikanische im Kabinett

Berlin, 4. Mai. (Eigner Drachbericht.) Das Reichskabinett tritt am Donnerstag unter Vorstoß des Reichskanzlers Marx zum erstenmal nach der Osterpause wieder zu einer Sitzung zusammen. Durch die lange Feiertagspause hat sich eine umfangreiche Tagesordnung aufgehäuft.

Unter den wichtigeren Punkten befindet sich auch die Frage der Verlängerung des Republikanugesetzes. Hierüber scheinen noch immer Verhandlungen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Reichsjustizministerium. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler morgen energisch darauf dringen wird, den entsprechenden Gesetzentwurf beschleunigt fertigzustellen.

In der nächsten Woche will der Reichskanzler auch zusammen mit Hergt die wichtige Frage des Republikanugesetzes mit den führenden der Regierungsparteien erörtern.

Neuer Dammbruch des Mississippi

New York, 4. Mai. (Eigner Drachbericht.) Am Mississippi ist 10 Meilen nördlich von Didsburg ein neuer großer Deichbruch erfolgt, der den nordöstlichen Teil des Staates Louisiana unter Wasser zu legen droht. 25- bis 30 000 Bewohner sind gezwungen, ihre Heimstätten aufzugeben und ihre Zuflucht in dem Konzentrationslager zu suchen.

Bei New Orleans dauern mittlerweile die Spülungen an, um einen künstlichen Absatz zu schaffen. Bisher ist das Wasser hier auf um 4 Zoll gesunken.



Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft
Eigene Fischräucherei u. Fischkonservenfabrik im Anghaven
Gig. Einlaußgeschäfte in Hamburg, Cuxhaven, Wesermünde

Täglich Zufuhr frischer Seefische und Räucherwaren

Wir empfehlen in bester Blaufischler Qualität:

ff. großen Seelachs im Ausschnitt Pfund 25,-	ff. frische Bratschollen Pfund 45,-
ff. großen Kabeljau im Ausschnitt Pfund 25,-	ff. Fischfilet ohne Gräten Pfund 50,-
ff. frischen Schellfisch mit Kopf Pfund 45,-	ff. frischen Heilbutt im Ausschnitt Pfund 120,-
ff. großen Schellfisch im Ausschnitt Pfund 50,-	ff. frischen Steinbutt im Ausschnitt Pfund 220,-
ff. frischen Rothbarsch ohne Kopf Pfund 50,-	ff. frischen rotf. Lachs im Ausschnitt Pfund 220,-

Lebende Hale, lebende Schleie, lebende Karpfen, lebende Krebse

Aus eigener Fabrik **Marke "Seeadler"** Beste Fischkonserven!

1-Liter-Dose 80,- Bratheringe, Bismarckheringe, Rollmops, Geleeheringe 1-Liter-Dose 80,-

Berlaußhallen: 1005

Alte Ulrichstraße Nr. 13 Breiter Weg Nr. 89/90 Jakobstraße Nr. 28 Schönebeck a. d. Elbe, am Bahnhof

Der verschwundene
Reichsgraf von Reppendorf

... als einfacher Soldat verkleidet gefangen worden
sein und mit der Tochter eines pensionierten Baller-
meisters eine Ehe geschlossen haben. Wer über diese
mysteriöse Angelegenheit etwas Näheres erfahren und
dabei Harry Liebling und Xenia Desni schenken will
mugt zu vergeben, der eile am Freitag in die
Rummel-Sichtspiele.

Zentral-Theater

DIREKTION: WALTER STEINERT

Jährlich 8 Uhr

GÄSTSPIEL

MAX ADALBERT

als

ONKEL ALEX

in

KLUBLEUTE

Billige Sommerpreise.

Sonntag: 2 Vorstellungen.

Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise)

und abends 8 Uhr.



Donnerstag: Letzter Tag

Die lustige Witwe

Mizzi Marx singt!

Freitag!

Rudolph Valentino
und
Charlie Chaplin

Die Sensation!

Fred Stranz gen. Texas Fred

Den Sie in tollitären Abenteuern leben mit
auf der neuen Band bewahren können

fommt persönlich
nach Magdeburg

mit Ihnen in seiner Original-Gitarre,
Ausführung seine gefährlichen Erfolge in
Spaß und Todes zu schildern.

Schon wieder bei in meine bekannte Glücks-
kollekte

1 Hauptgewinn i. W. v. 40 000
der Marienkrohnen-Lotterie (Hannover)
auf Nr. 261301

Ich empfehle und versende folgende Lose

Mainzer-Wormser-Dombau-Geldl. à 3 M.

Ziehung 5. u. 6. Mai (eilt, diese Woche)

Hedwig-Wangel-Lose à 50 J., Doppellose 1 M.

Ziehung 6. u. 7. Mai (eilt, diese Woche)

Magdeburger Pferde-Lose à 2 M.

Ziehung 19. Mai

Mecklenburger Auto- u. Pferde-Lose à 1 M.

Ziehung 24. Mai

Wohlfahrts-Lose à 1 M.

Ziehung 24. u. 25. Mai

Zerbster Pferde-Lose à 3 M.

Ziehung 27. u. 28. Juni

Für Porto und Liste 30 J. extra.

F. E. Giesecke, 82 nur Breiter Weg 82
Magdeburg

Generalvertretung für Magdeburg und Umgebung:

Heinrich Friske, Magdeburg, Wolfsbütteler Str. 64. Fernruf 40763

On another
Stelle sich
**Hacker
Nährbier**

Was ist „Nährbier“? Unter „Nährbier“ versteht man im Verkehr einen nach einem bestimmten Brauverfahren hergestellten Bierart der Aktiengesellschaft Hackerbräu, München. Das nach dem Sonderverfahren hergestellte „Nährbier“ zeichnet sich aus durch hohen Gehalt an Extraktstoffen des Malzes, geringen Alkoholgehalt, Wohlgeschmack und Bekanntheit. Alleinige Herstellerin: A.-G. Hackerbräu München

Generalvertretung für Magdeburg und Umgebung:

Heinrich Friske, Magdeburg, Wolfsbütteler Str. 64. Fernruf 40763

Ergriff jip japp!
Pfefferminzkipper

Pfefferminzkipper,
billige Kippe,
verbrennende Kippe!

Reibergs Reinhardt
Frankfurter Str. (Anzingenstr.)
Sinfoniekino für alle Kategorien

Hühneraugen

und eingewickelte

Riegel beißt. Fr. Meyer,

Hudeinstall,

Schmidauer Str. 1, L.

Fernpreiser Str. 236.

Sahneräder

in großer Auswahl.

8-12 M. Anzahlung,

8-5 M. wöchentl. Rate

nur in

Ehmers Fahrradhaus

Peterstraße 16.

ROMANE

in jeder Preislage

erhältlich

Buchhändig. Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Arbeitsmarkt

Europäisches

Junges Mädchen zum

Eltern der Mädchen

maderrei gefügt.

Stephanstr. 16. S. 2 r.

3 bis 4 Steinsetzer

gefützt.

P. Ahrendt, Morgenstraße 28

Für die uns aus Unzufriedenheit bewährt
erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir auf diesem
Wege allen unsern herzlichsten Dank.

Oberndorf, den 8. Mai 1927. 1820

Otto Schulze und Frau
Friedel geb. Heincke.

Siedlungsgenossenschaft Magdeburg-Südost E. G. m. b. H.

Soll. Bilanz vom 31. Dezember 1926. Geben.

Baukonto 225,00 Geschäftsguthaben 2360,00

Grundstückskonto 3158,70 Reisevermögen 865,67

Bewilligungskonto 48,20 Sparkonto 3990,61

Sonderk. Hinke-Großenbach 4941,23 Heimattentenkonto 216,65

Sonderkonto Türe 512,62 Steuerkonto 854,71

Kaufkonto 192,10 Buchungskonto 83 000,00

Kaufkonto 1 79 173,61

Rm. 93 335,96 Rm. 95 885,96

Mitgliederbewegung. Mitgliederbeitrag am 1. Januar 1926 97

Beitrag am 31. Dezember 1926 97

Das Gehöftsguthaben betrug am 31. Dezember 1926 2296,00 Rm.

Das Gehöftsguthaben hat sich also vermehrt um 610 Rm.

Die Haushalte betrug am 31. Dezember 1925 3150,00 Rm.

Die Haushalte betrug am 31. Dezember 1926 2425,00 Rm.

Die Haushalte hat sich vermindert um 725,00 Rm.

Magdeburg-Südost, den 3. Mai 1927.

Der Vorstand. Karl Weiß. Karl Mühlberg. Robert Schüler. Otto Nied.

Der Aufsichtsrat. Karl Weiß. Karl Mühlberg. Robert Schüler. Otto Nied.

Danflagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Besuch meines lieben Mannes sage ich allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Personal,
den Zimmerern, den Pfeiferen und Bauarbeitern der
Firma P. Görges und dem Polizeiverteil meiner herzlichen
Danf. Besonders Danf Herrn Hauptf.
Görges, sowie Herrn Pastor Haupt

für die treifreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

**Wive. Emma Behr
geb. Wichmann und Kinder.**

Zentralverein der Schuhmacher,
Johanniskirche Magdeburg.

Adressen.

Am Dienstag den 3. Mai wird nach
langer Spannung unter Mitglied

Otto Schmidt

im Alter von 50 Jahren.

Wir werden Ihnen in Ehren gedenken.

Die Beerdigung findet am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

am 3. Mai um 10 Uhr statt.

Die Beerdigung wird am Dienstag

<p

Bergbaudebatte im Landtag

Der Preußische Landtag, der am Dienstag nach dreiwöchiger Pause wieder zusammentrat, überwies vor Eintritt in die Tagesordnung eine Reihe kleinerer Vorlagen dem Weit-ausführk. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des

Berg- und Hüttenetats.

Nach dem Berichterstatter Abg. Osterroth (Soz.), der dem Hause besonders einen Antrag zum Schutze des oberhessischen Kohlenbergbau zu Annahme empfiehlt, behandelt Abg. Pieck (Kommunist) — ebenfalls als Berichterstatter — die Entlastung des Abg. Abel (Komm.) aus der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., die nach Ansicht der Kommunisten erfolgte, weil sie in öffentlicher Sitzung des Landtags gegenüber dem Abgeordneten Osterroth (Soz.) zu Tätschlichkeiten hinführte. Nach den Feststellungen des Verfassungsausschusses ist die Entlastung deshalb erfolgt, weil Abg. Abel, der Bergmann ist, seit 1924 nicht mehr in seiner Arbeitsstelle erschienen ist.

In der allgemeinen Debatte erhält zunächst das Wort

Abg. Franz (Soz.).

Der diesjährige Bergetat beweist uns in seiner übersichtlichen Aufstellung, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, von denen die Bergwerksbesitzer reden, weit übertrieben sind. Man will damit systematisch die Verarbeitung der Bergarbeiter verhindern. Der Geschäftsbuchschluß der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. ist trotz der zieligen Vorbelastungen dieses Unternehmens nicht ungünstig gewesen. Um so mehr sind wir zu der Feststellung berechtigt, daß das Jahr 1926 ein Jahr der

Hochkonjunktur für die Unternehmer gewesen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Ein klarer Überblick über die Wirtschaftlichkeit ist allerdings nur zu gewinnen durch Einblick in die Selbstkostenstatistik. Leider hat man den Arbeitnehmervertretern den Einblick verweigert und sie mit billigen Wahlen abzutun versucht. Genau so wie die Bergwerksbesitzer sind schließlich auch die Bergarbeiter ein Teil der deutschen Wirtschaft und berechtigt, die Rentabilitätsberechnungen einzusehen. Aber man hat diese wichtigen Zahlen sowohl den Bergarbeitern als auch der Öffentlichkeit aus durchdringlichen Gründen vorenthalten. (Hört, hört! links.) Der Leistungsrückgang in der Förderung ist nicht, wie es völlig falsch und auch in amtlichen Berichten dargestellt ist, auf die verkürzte Arbeitszeit zurückzuführen, sondern auf die Verschlechterung des Absatzmarktes. Die Bergarbeiter müssen sich ganz entschieden dagegen verwahren, daß man auch in amtlichen Berichten

mit unwaren Angaben operiert.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Statistik des Reichskohlenrats beweist im Gegenteil, daß von 1914 die Gesamtförderung von 140 Millionen Tonnen auf 145 Millionen Tonnen im Jahre 1926, also im jetzt verkleinerten Deutschland, gestiegen ist. In dieser nicht unbeträchtlichen Steigerung hat selbstverständlich die technische Umstellung, die Nationalisierung, einen Anteil, vor allem aber ist es der erhöhte Leistung der Bergarbeiterchaft zu danken. (Zuruf b. d. Soz.: Der Antreiberei!)

Ich will nicht das ganze Elend der Massenentlassungen hier aufrollen. Gewiß sind die Löhne nominell gestiegen, aber im Verhältnis zu der gesiegerten Lebenshaltung sind sie

weit hinter den Friedenslöhnen

zurückgeblieben. (Sehr wahr!) Tatsächlich sind die Bergarbeiter in vielen Revieren nicht in der Lage, ihre Familien zu ernähren. Das Elend und als Folge davon die Tuberkuloseerkrankungen haben eine gewaltige Steigerung erfahren. Da reden die Herren, die sich als Wirtschaftsführer bezeichnen, noch von ausreichenden Löhnen! Angehörige dieser Tatsachen jüllen ja wenigstens ehrlich das Vergehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung feststellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Konkurrenz Kampf der einzelnen Nationen auf dem Gebiete des Kohlenproduktion wird auf dem Rücken der Bergarbeiter ausgespielt. Hoffentlich beschäftigt sich die Weltwirtschaftskonferenz in Genf auch mit diesem Problem. Die Einführung ausländischer Kohlen sollte unter allen Umständen verhindert werden, nicht durch Zölle oder Absperrungen, sondern durch eine vernünftige Regelung der Verkehrs- und Politik. Leider hat die Deutsche Reichsregierung nach dieser Richtung hin völlig versagt.

Etwas Zufriedenheit herrschen vor allem im besondern gefährdeten niederschlesischen Revier, wo die Wohnungsnot, die Sänglings- und Tuberkulosesterblichkeit eine erschreckende Ausdehnung erreicht haben. Diese Erkrankungen sind dort nicht etwa erst neueren Datums, es sind die Methoden italienischen Ausbeutertums unter dem Kaiserlichen Regime. (Sehr

wahr! b. d. Soz.) Statt dieses soziale Elend durch bessere Entlohnung zu bekämpfen, verpulvert die Unternehmer zwecklos Geld zur Gründung gelber Werkvereine und Unterstützung der Stahlhelm-Organisationen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber trotz ausgesprochener Tariffeindlichkeit des Unternehmers ist die Macht der freien Gewerkschaften, wie die Betriebsratswahlen beweisen, von Tag zu Tag. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wir ersuchen das Ministerium, ein besonderes wachsame Auge auf die Grubenicherheitsämter und die Bergpolizei zu haben. Es ist eine Tatsache, daß die Beamten dieser Behörden vielfach mit den Grubenbesitzern verschwägert sind. Die Einstellung von

Grubenkontrolleuren aus Arbeiterkreisen

müsste im Interesse der Grubenicherheit in noch größerem Umfang erfolgen. Wir erwarten deshalb vom Hause die Annahme unserer dahingehenden Anträge. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Abschließend möchte ich noch die Bestrebungen, die auf eine Gemeinschaft des Bergbaus hinzielen, wie der Anlauf von Kohlenfeldern durch die kommunalen Behörden von Frankfurt und Köln, würdigst begrüßen. Bis zur Errichtung dieses Ziels aber werden wir den Kampf führen, um der Bergarbeiterchaft in der deutschen Wirtschaft die Stellung zu verschaffen, die ihr auf Grund ihrer Bedeutung und Leistung gebührt. (Lebhafte Beif. b. d. Soz.)

Abg. v. Waldbhausen (dt.-narr.): Das Ministrum des Verteidigers gegen die Arbeitgeber im Bergbau ist völlig unberechtigt. Der Abfall ist in diesem Jahre sehr plötzlich zurückgegangen. Die Lohnherabsetzung im Ruhrrevier sind in diesem Augenblick falsch, da sie den Preis der Kohle um 45 Pfennig pro Tonne erhöhen und damit die Konkurrenzfähigkeit der Ruhrkohle in Frage stellen würden.

Abg. Harisch (Fr.) polemisiert gegen die scharfmacherischen Methoden der Bergbauunternehmer und bemängelt, daß die Beziehungen der Bergarbeiterbeamten nicht objektiv genug sind.

Abg. Dr. Binterneit (D. P.) bedauert den Kauf der Kohlenfelder durch die Städte Frankfurt und Köln. Die Kohleneinfuhr aus Polen müsse selbst auf die Gefahr eines Handelskriegs unterbunden werden. Die Unternehmer seien im übrigen bereit, angemessene Löhne zu zahlen, wenn sie dazu in der Lage wären.

Handelsminister Dr. Schreiber:

Das Ministerium prüft im Augenblick die Frage, ob die Steigerung der Grubenfälle in der zweiten Hälfte des letzten Jahres auf die Vermehrung der Belegschaften zurückzuführen ist oder ob nicht etwa mangelnde technische Einrichtungen und die Länge der Arbeitszeit mit dem Hinausziehen der Unfallziffer im Zusammenhang stehen.

Der Antragung, ein Reichsberggesetz zu schaffen, kann ich mich nicht anschließen. Sie war verständlich zur Zeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts, um durch den Reichstag einen Ausgleich zu schaffen. Der bereits gefasste Beschluß auf Verbot der Nebentätigkeiten konnte nicht durchgeführt werden, weil ihm die rechtsgerichtliche Grundlage fehlte. Dasselbe gilt für das Verbot der Nebentätigkeiten. Wir müssen deshalb die Verabschiedung des Reichsbergarbeitsgesetzes abwarten, ehe wir unsre Maßnahmen treffen können.

Die Vermehrung der Grubenkontrolleure wird uns Gelegenheit geben, die gemachten günstigen Erfahrungen zu erweitern. Besondere Fachkammern für den Bergbau bei den Arbeitsgerichten werden wir da einrichten, wo schon früher Berggerichtshäuser bestanden haben. Gegenüber der Hochkonjunktur des Kohlenbergbaus durch den englischen Bergarbeiterstreit ist ein gewisser Rückgang eingetreten. Aber das ist kein Kritikenzeichen. Das Ruhrrevier fördert gegenwärtig

monatlich 800 000 Tonnen mehr als 1913,

und die Arbeitsleistung pro Kopf ist um 20 Prozent und darüber gestiegen.

Den besondern Kohlenhandelsbevollmächtigten für die staats-eigenen Bergwerke haben wir wieder abgeschafft, nachdem uns das Syndikat eine genügende bedeckte Beteiligung eingeräumt hat. Den Erwerb von Kohlenfeldern durch die Gemeinden halte ich für ein gefährliches Risikounternehmen.

Sie bedauernlich sind die französischen Übergriffe auf saarländische Kohlen, die rechtswidrig von der andern Seite der Lothringischen Grenze her abgebaut werden. Der Herr hat die saarländische Regierungskommission dieser illegalen Methode zugestimmt. Anscheinend will man auf diese Weise länklich wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen Lothringen und dem Saarrevier schaffen. Aber der deutschen Freiheit des Bewohner des Saargebietes bleiben wir trocken sicher. (Lebhafte Beifall.)

Das zweite Leben

Eine Erzählung von Ernst Bahns.

(30. Fortsetzung.) (Rathdruck verboten.)

Vom Felde des ersten kam weg jellte den Magnus im Ebnet zweiter Bogen an. Dann muhten sich gleich drei auf einmal um seine Dienste.

Die Frauen, die die Mildherzigeren, aber auch die Neugierigeren waren, knüpfen zuerst dann und wann ein Gespräch mit ihm an, das nicht nur ein knappes Wort vom Tagwerk war. Eine, der es an Freiheit nicht schlie, holte ihn über seine Frau aus. Als er aber den Anlaß so gar nicht benutzte, um über das Unrecht, das ihm von Lucretia gezeichnet war, zu schimpfen, sondern alle weiteren Fragen mit dem Wort abschnitt: „Sie ist jung und lebensfrisch. Man muß es ihr gönnen und wünschen, daß es ihr gut geht,“ da ging diese Rede um. Alle muhten freilich nicht damit etwas anzufangen, allein manche fanden, das zeige einerseits, daß die Frau wirklich und vielleicht sogar mit seinem Einverständnis fort sei, andererseits sei es ein gutes, wackeres Wort.

Die Stimmung der Altinger schlug merkwürdig zugunsten des Ebnets um, obgleich immer noch reichlich viele unter ihnen blieben, die dafür sorgten, daß seine Vergangenheit und Schuld nicht vergessen wurde. Ein Brüderlein entstand aber zwischen Dorf und Nachbargut besonders durch die Kinder. Bei seinen Arbeiten hatte nämlich Magnus auch ein Geschwisterpaar kennengelernt, einen etwa zehnjährigen Buben, den Hanekl Topler, und sein Schwesternken, die Ramu, jener ein Schwarzkopflein mit einem Sommersprossenreicht, aber klugen, dunklen Augen, die braun und glatt von Wangen, Schläfen und Stirn von weichen, braunen Löden umspielt und mit großen, braunen Gütern. Er hatte den zwei zutraulichen kleinen Menschenleuten aus Holz Spielzeug geschnitten und ihnen erzählt, daß er zu Hause noch hübschere Sachen machen könnte, und nun tauchten sie eines Sonntags bei ihm auf, strichen zuerst verlegen ums Haus, taten, als ob sie weitergehen wollten, kamen dann aber gern genug herein, als er sie einlud, näherzutreten. Er führte sie in die Kommer, die er sich zu einer Werkstatt eingerichtet hatte, wie einst seine Zelle gewesen war, zeigte ihnen sein Schnitzhandwerkzeug und seine Zeichnungen und ließ sie zuschauen, wie er aus Holz ihnen einen Humpelmann schnitt. Die Kinder trugen die Nachricht von seiner Geschäftlichkeit und Zuverlässigkeit unter die Geschwister. Die Angler, die sie selber hergetrieben hatte, begannen sich wie etwa die Mäsern oder ein andres Kindertubel von einem zum andern zu versetzen, und es dauerte nicht lange, bis Magnus einen ordentlichen Zulauf von Altinger Jugend hatte. Beide Seiten hatten Vorlieb davon, er, weil unmerklich seine Ein-

jamkeit durchbrochen und sein Heimweh abgelenkt wurde, die Kinder, weil er ihnen zu einer Art Lehrer oder Seelsorger wurde. Er hatte es nirgends lernen können, mit Kindern umzugehen, aber da der Grund seiner Natur Gute war, ergab sich alles aus sich selber. Er fand die Verschlossenheit heraus und die, die dabeiheim keine rechte Wurzel hatten, die Scheuen zog er zu sich, daß sie es gar nicht merkten, wie vertraut sie wurden, und sein Armes oder Zierümpled oder Unreines setzte er hinter den Hobelchen und Süßigkeiten und Sauberen zurück. Die Eltern merkten auf. „Der Kindermarr,“ redeten sie. Aber einige rühteten ihn. Mit der Zeit verlautete, daß er, dessen Mittel zwar nicht groß, aber doch über seine eigenen Bedürfnisse waren, durch Vermittlung der Kinder auch dem und jenem Erwachsenen etwas Gutes getan. Man mußte nicht recht das Was oder Wie — denn er tat es im geheimen — aber es ging so um, daß zwei Schulden nicht umsonst bei ihm angelöszt hätten. Es kam auch der Tag, da der ehrenwürdige alte Geistliche von Altingen, unter dessen Kanzel Magnus jetzt jeden Sonntag lag, ihm den ersten und damit nicht den letzten Besuch machte und mit ihm vieles über sein Leben sprach. Und dieser Pfarrer verließ ihn wieder mit einem merkwürdig feierlichen und wie erstaunten Gruß, als habe er eben einen Grund beizutragen, auf dem er unerwartete Erne gefunden.

Vierzehntes Kapitel.

Ein Jahr war Altinger nun fort. Ein Jahr lang jellte Magnus im Ebnet am Fenster und schaute die Straße entlang, auf der ja viele Pilger kamen und gingen, die Entflohenen aber noch keinen Rückweg gefunden hatten. So lange jellte schaute sie ihm wie ein Stück ihres eigenen Lebens und trug er einen Hunger nach ihr in sich herum. Die Hoffnung aber gab er nicht auf.

Er hatte weiter nach ihr gesucht, indem er ein paar Verkäufer in der Stadt Auftrag gegeben, sich etwa nach ihr umzusehen, was auch selber im Sommer noch einmal dort gewesen, ohne eine Spur zu finden, freilich wiederum die Öffentlichkeit, die ihm hätte helfen können, meidend um ihretwillen wie aus eigener Schen.

Sein Leben war indessen nicht der Trauer, sondern der Arbeit hingegangen, und immer noch riss der Verkehr mit denen von Altingen ihn aus abzuweilen Grübeln. Das Blatt hatte sich gewendet. Er brauchte nicht jenen nachzulaufen, sondern diese suchten ihn, jetzt als Taglöhrer, jetzt zur Hilfe da und dort, ja selbst nur, wie etwa der Weißkopf, der Pfarrer, zur Gesellschaft, weil sein Wesen ihnen gefiel.

Nach diesem Jahr kam ein Brief von der Bertha, die lange nicht mehr geschrieben und der er nur zu Neujahr eine kleine Arbeit ihres geschätzten Meisters, ein Strickzeugstückchen, geschenkt.

Abg. Sobotta (Kom.) kritisiert die hohen Gewinne der Bergbauunternehmer und die schlechte Lage, insbesondere die lange Arbeitszeit der Bergarbeiter.

Abg. Hartmann (Dem.) regt schließlich die Schaffung von Lernwerkstätten für jugendliche Bergarbeiter an. Weiterberatung Mittwoch 12 Uhr. —

Aus der Wirtschaft

Deutschland kauft Baumwolle

Aus den Feststellungen der Baumwollbörse New Orleans für den Freitag des 29. April 1927 geht vor allen Dingen die im letzten Jahre stark angestiegene Ausfuhr von nordamerikanischer Baumwolle nach Deutschland, die mit der Hochkonjunktur im deutschen Textilgewerbe zusammenhängt, hervor. Seit dem 1. August 1926 bis Ende April 1927 sind rund 2 586 000 Ballen amerikanischer Baumwolle nach Deutschland gelommen. In derselben Zeit des Vorjahrs waren es nur 1 538 000 Ballen.

Die Gesamtbaumwollausfuhr Nordamerikas hat sich in derselben Zeit gegenüber dem Vorjahr von 6 802 000 Ballen auf 9 423 000 Ballen gesteigert. Von der Steigerung entfällt auf Deutschland also rund ein Drittel.

Wenn man bedenkt, daß die Anschaffung der Spinnereien aller Welt in der Zeit vom 1. August 1926 bis Ende April 1927 auf 14 357 000 Ballen gegenüber 12 734 000 Ballen in derselben Zeit des Vorjahrs geschah wird, gewinnt man erst ein Bild von der starken Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie. —

Margarinegeschäfte

Der holländische Jurgens-Margarine-Konzern, der sich auch in Deutschland betätigt, steigerte seinen Neingewinn von 14,8 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 14,9 Millionen Mark im letzten Geschäftsjahr.

Die Steigerung des Neingewinns dürfte aber kaum einen Anhaltspunkt für das gute Geschäftsjahr abgeben. Der Jurgens-Konzern selbst berichtet, daß das Jahr 1925 schon ein Rekordjahr gewesen sei; es ist aber durch das Jahr 1926 in den Schatten gestellt worden.

In Deutschland selbst übertrifft der Margarineumfang 1926 alle Erwartungen. Im Geschäftsjahr wird weiter darauf hingewiesen, daß die Verkaufspreise für Margarine, die Grundstoffe und die Nüsse untereinander in einem sehr günstigen Verhältnis stehen.

Das bedeutet, daß man auf Grund der eigenartigen Preisbildung besonders in Deutschland sehr lohnende Preise, sprich überreiche Preise, erzielt hat. —

Eine Rekordleistung

Einen neuen Rekordabschluß kann die amerikanische Automobilfabrik General Motors Co., die gegenwärtig mit der Ford Motor Co. um die Vorherrschaft ringt, melden. Im ersten Quartal 1927 stellte sich der Verkauf auf 885 000 Kraftwagen. Das bedeutet gegenüber derselben Zeit des Vorjahrs eine Erhöhung um rund 105 000 Wagen.

Demgegenüber ist zu beachten, um die ganze Misere der deutschen Automobilindustrie richtig zu erkennen, daß das deutsche Fabrikationsprogramm 1925/26, an dem rund 50 Firmen beteiligt waren, die Erzeugung von 180 000 Wagen vorlag, von denen dann sehr wahrscheinlich kaum 60 000 produziert worden sind. —

Gewerkschaftsbewegung

Die Angestellten-Versicherung

Die Angestelltenversicherung ist eine reichsgelebte gesetzliche Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung. Die versicherungspflichtigen Berufsguppen sind im Angestellten-Berufsgesetzgeleb und in dem vom Reichsminister aufgestellten Berufsguppenverzeichnis angegeben. Auch Lehrlinge, die sich in Ausbildung zu einem dieser Berufe befinden, sind angestelltenversicherungspflichtig.

Die Versicherungsärzte werden von den Ausgabetteln ausgestellt. Die Beiträge werden vom Arbeitgeber und Angestellten zu gleichen Teilen getragen; sie sind durch Einzelheiten von Männern in der Versicherungskasse zu entrichten. Der Arbeitgeber hat für sich und den Angestellten den Beitrag abzuführen. Die Beitragssummen sind bei der Post erhaltlich.

Die Versicherungskasse wird am besten im Geschäft aufbewahrt, da sie der Arbeitgeber stets zu Nachprüfung bereithalten hat.

welche Gabe sie durch ihr Bild und einen kurzen Gruß erwidert hatte. Auch der neue Brief war nicht lang, und seine Kürze sprach für seine Häßlichkeit.

„Ihre Schwester ist Krank,“ schrieb das blonde Mädchen. „Sie ist sehr Krank. Ich fürchte, daß sie sterben wird. Sie verlangt nicht nach Ihnen, aber manchmal scheint mir, als beunruhigte es sie, daß Sie nicht gerufen hat oder rufen kann, und ich meine, daß Ihr kommen ihr vielleicht eine Erleichterung wäre. Entschieden Sie selbst, Herr Magnus, ob Sie kommen wollen.“

Magnus las, stand auf, legte gute Kleider an und ein paar Habseligkeiten in eine Reisetasche. Dann schlief er seine Stube und sein Haus und machte sich auf den Weg.

Er erreichte Geritol auf dem Weg ausgewechselt, schwungsvoller Straße. In den Bergen schwante es. Auch im Flachland ging ein ruhiger Wind. Auf den Feldern lagen viele Krähen und flög kreischend vor dem Wandrer auf.

Als er das Haus der Schwester erblickte, wurde ihm

Die Leistungen der Angestelltenversicherung bestehen in der Hauptsache in Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenrente.

Ruhegeld erhält der Versicherte, wenn er berufsunfähig oder seit wenigstens 26 Wochen vorübergehend berufsunfähig oder 65 Jahre alt ist. Das jährliche Ruhegeld setzt sich aus einem Grundbeitrag von 480 Mark sowie dem Steigerungsbetrag (15 Prozent) für die seit 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge und gegebenenfalls einem Kinderzuschuß von 90 Mark für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahr des Ruhegelehempfängers zusammen.

Hinterbliebenenrente erhalten die Witwen und Waisen (unter 15 Jahre) des verstorbenen Versicherten. Die Witwe erhält $\frac{1}{10}$, die Waise je $\frac{1}{10}$ des Ruhegeldes ohne Kinderzuschuß, das der Versicherte zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte.

Zu den Leistungen gehören weiter Beitragserstattung beim Tode weiblicher Versicherte (die Hälfte der entrichteten Beiträge) und Beitragserstattung an heitende weibliche Angestellte (gleichfalls die Hälfte).

Voraussetzung für alle diese Leistungen ist, daß die Versicherung aufrechterhalten und die Wartezeit erfüllt ist.

Die Wartezeit beträgt für männliche Versicherte im allgemeinen 120, für weibliche Versicherte im allgemeinen 60 Beitragsmonate. Außerdem gibt es noch eine Beitragserstattung beim Tode von Versicherten in der Nebengangszeit, d. i. bis zum 1. Januar 1928 soll kein Anspruch auf Hinterbliebenenrente bestehen, also die Wartezeit nicht erfüllt ist. Erstattet werden $\frac{1}{10}$ der für den Versicherten entrichteten Beiträge.

Den Versicherten kann auch ein Heilverfahren bewilligt werden, soweit nicht bereits durch einen Träger der reichsgelehrten Arbeiterversicherung (Krankenkasse, Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft usw.) ein Heilverfahren eingerichtet ist, um die Berufsfähigkeit eines Ruhegelehempfängers zu erhalten oder wiederherzustellen. Bei aktiven Erkrankungen kommt ein Heilverfahren nicht in Frage.

Beispiele.

Das Ruhegeld setzt sich aus Grundbeitrag und Steigerungsjögen zusammen. Ein unverheirateter Angestellter würde beispielsweise nach 10-jähriger Beitragszahlung in Klasse C (Monatsbeitrag vom Arbeitgeber und Angestellten zusammen 8 Mark; 624 Mark erhalten, nämlich 480 Mark Grundbeitrag und 15 Prozent von zehnmal 12 Beiträgen à 8 Mark gleich 960 Mark, was 144 Mark ausmacht, die noch zu den 480 Mark kommen). Ein verheirateter Angestellter mit zwei Kindern, für die je 90 Mark bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gezahlt werden, würde 624 Mark plus 180 Mark gleich 804 Mark erhalten. Nach 20-jähriger Beitragszahlung erhöhen sich die Sätze für den Unverheirateten auf 768 Mark, für den Verheirateten mit zwei Kindern auf 948 Mark, nach 30-jähriger Beitragszahlung in derselben Klasse auf 912 Mark bzw. 1092 Mark.

Natürgemäß folgen höheren Leistungen auch höhere Bezüge; wer 10 Jahre in Klasse F (Monatsbeitrag 20 Mark), versichert

war, erhält als Unverheirateter 1020 Mark, als Verheirateter mit zwei Kindern 1200 Mark Ruhegeld jährlich. Das Ruhegeld erhöht sich nach 20-jähriger Beitragserstattung auf 1560 Mark bzw. 1740 Mark, nach 30-jähriger Beitragserstattung auf 2100 Mark bzw. 2280 Mark jährlich.

Zu diesen Leistungen kommen noch auf Grund des Gesetzes vom 23. März 1925 Zusatzsteigerungsbeträge für Beiträge der Gehaltssklasse F bis I aus der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 31. Juli 1921 in Höhe von 1 Mark in Gehaltssklasse F, 2 Mark in Gehaltssklasse G, 3 Mark in Gehaltssklasse H und 4 Mark in Gehaltssklasse I. Die Zusatzsteigerung beträgt im günstigsten Falle für 108 Monate 108 Mark für Versicherte in Klasse F; bis 412 Mark für Versicherte in Klasse I.

Ein Angestellter, der mit dem Inkrafttreten der Angestelltenversicherung versicherungspflichtig wurde, und zwar zunächst in Klasse A vom 1. Januar bis 30. November 1913, erhält für die damals von ihm gezahlten Beiträge nichts. Am 1. Dezember trat er in Klasse F (Monatsbeitrag 13,20 Mark) ein und blieb darin bis zum 31. Juli 1914, also 8 Monate, seine Bezüge erhöhen sich dadurch um achtzig 1 Mark, also 8 Mark; Beitragszahlungen von 16,60 Mark in Klasse G für die 17 Monate vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1915 bringen eine Erhöhung von siebzehnmal 2 gleich 34 Mark; Beitragszahlungen von 20 Mark in Klasse H für die 30 Monate vom 1. Januar 1916 bis 30. Juni 1918 haben eine weitere Steigerung der Rente von dreizigmal 2 Mark gleich 90 Mark jährlich zur Folge. Zahlte er dann vom 1. Juli 1918 bis 31. Juli 1921 monatlich 26,60 Mark, so würden ihm siebenunddreizigmal 4 Mark, also 148 Mark als Steigerungssatz zugute kommen. Insgesamt betragen die Steigerungssätze also 280 Mark jährlich.

Die während der Inflationszeit gezahlten Beiträge werden nicht besonders berücksichtigt. Ansprüche aus ihnen gelten durch den Grundbeitrag von 480 Mark als abgeglichen. Hat der Versicherte nach dem 1. Januar 1924 dann weitere Beiträge in Klasse D mit 9 Mark bis zum 31. August 1925 gezahlt, so würden ihm für jede Monatsbeitrag 15 Prozent, also 1,35 Mark als Steigerungsbetrag zugute kommen, für 20 Monate also 27 Mark. Angenommen er zahlte dann vom 1. September 1925 weitere 16 Monate bis zum 31. Dezember 1926 12 Mark Beitrag, so würde das siebenmal 1,80 Mark, also 28,80 Mark als Steigerungssatz zur Folge haben. Wenn er also am 1. Januar dieses Jahres berufsunfähig geworden oder daß Miter von 65 Jahren erreicht hätte, ja bekäme er: Grundbeitrag 480 Mark, Steigerungssätze in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 280 Mark und Steigerungssätze für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926 noch 35,80 Mark, also insgesamt 815,80 Mark jährlich Ruhegeld.

E. L. Basse.

Die Justiz soll helfen

In sämtlichen Leipziger Tageszeitungen wird am Dienstag im Inneren ein Vertrag der 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig veröffentlicht, der auf Antrag der Sächsischen Wollgarantie, vorm. Titel u. Krüger der Filiale des Deutschen Textils

arbeiterverbandes und dem Gewerkschaftssekretär Georg Banger verhielet, den Streit bei Titel u. Krüger in irgendeiner Weise zu unterstützen.

Die Textilunternehmer haben die Hilfe des Gerichts angefordert, weil sie mit den üblichen Mitteln des Arbeitskampfes gegen die Solidarität der streitenden Arbeiter nichts ausrichten können. Ihr Ziel ist, den Streit durch eine einstweilige Verfügung abzudrosseln. Es handelt sich dabei innerhalb der letzten acht Tage bereits um den zweiten Versuch, die Justiz in einem gewerkschaftlichen Kampf einseitig zu verpflichten. Am 29. April erlebte zunächst das Landgericht in Hamburg auf Antrag der Stern-Baumwollspinnerei Altona-Bahrenfeld eine einstweilige Verfügung. Auch hier wurde der Filiale Groß-Hamburg des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes untersagt, den dort ausgebrochenen Streit in irgendeiner Weise zu unterstützen. Dem Hamburger Beispiel ist jetzt die Verfügung eines Leipziger Gerichts gefolgt. Der Brix ist allerdings, doch trotz der „einstweiligen“ Verfügung der Streit sowohl in Hamburg wie in Leipzig einstweilen weitergeht!

Gegen den Völkerbundskommissar

In einer von 1500 Personen besuchten und von Danziger Eisenbahnerbeamten bzw. -arbeitern am Montag in Danzig veranstalteten Kundgebung wurde einstweilige Entschließung angenommen, die in der Forderung nach Genf gipfelt, den Völkerbundskommissar v. Kamel aus Danzig abzubüren.

Diese Entschließung ist auf die Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 8. April zurückzuführen, nach der im Dienste der polnischen Staatsbahn stehende Danziger Eisenbahnerbedienstete nicht das Recht haben, gegen den polnischen Eisenbahnfiskus vor Danziger Gerichten in Gehalts- und Pensionsfragen sowie bei der Verfolgung sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche klugbar zu werden.

Streit der Drahtarbeiter in Groß-Berlin. Die Arbeiterschaft der Groß-Berliner Drahtindustrie befindet sich wegen Lohnforderungen im Streit. Einige Betriebe haben bereits die Forderung anerkannt.

Karfreitstreit der Rheinschiffahrt. Im Lohn- und Tarifstreit der Rheinschiffahrt ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts vom 6. April vom Reichsministerium abgelehnt worden. Der Schiedsgericht vom 9. April ist ebenfalls hinfällig. Er war von allen Parteien abgelehnt worden.

Erfolg der Textilarbeiter. Sie im Reichsministerium am 2. Mai, nachts 2 Uhr, abgebrochen und am 3. Mai vormittags fortgesetzten Verhandlungen im Mantelkriegsstreit für die Textilarbeiter Ostfachens führten zu einer Einigung der Parteien. Der entzündete Kampf der Textilarbeiter hat zu einem vollen Erfolg geführt. Der Streit gilt als beendet.

Textilarbeiterstreit in der Oberlausitz. Trotz der für Dienstag angestammten Verhandlungen in Berlin hat sich der offene Kampf in der Textilarbeiterseite nicht vermeiden lassen. In Großröhrsdorf und Leutersdorf ist es bereits zur Arbeitsniederlegung gekommen. Bis jetzt befinden sich bereits über 5000 Arbeiter und Arbeitnehmer im Streit.

Öffentliche Bezugsstellen

Morik Br
Aschersleben
Das größte Spezialgeschäft für
Herren- u. Damen-Garderobe
Arbeiter- u. Dienstkleidung

MODENHAUS
Rahmlow & Kressmann
ASCHERSLEBEN
Hochwertige Qualitäten zu sehr
günstigen Preisen
in größter Auswahl!

Auch in dem kleinsten Haushalt wird ein
GASKOCHER
ist die Freude der Hausfrau kein, datum
fort mit dem KOHLENHERD
Preiswerte Gasfeuerapparate aus Stahlmetall, Preis mit Eigentum
erwerb erhalten Sie in unserem
Stadtgeschäft: MARKT 2
wo Sie auch Ihren Bedarf an elektr. Kochherden deden können
Sternstr. 23 Städ. Gaswerk ASCHERSLEBEN

Möbel
zu
billigsten Preisen
bei
reellster Bedienung —
240 qm Geschäftsräume
Eigene Polster- und
Tischler-Werkstätten
Größte Auswahl!!

C. SCHMIDT
Möbelhallen 266
Über den Steinen 31 — Breite Straße 14

Schuhwaren
kauf man gut und
preiswert bei
Ernst Domke
Aschersleben Markt 9.

Judenack u. Bergner
Alt. II Dampfwäscherei
Aschersleben Steintor 3
Färberei / Chem. Reinigung
Laden: Breite Str. 29, Stadtkirche Höhe 21.
Hinter dem Turm 21.

J. Jads
Aschersleben
Raußhaus
Damen-Konfektion
Kleiderstoffe — Wäsche
Baumwollwaren
Gardinen — Trikotagen
Das Haus der billigen Preise !!

Anna Thieme
Aschersleben :: Markt 15
Telephone 449

Putz- und Modewaren
Trikotagen
Handschuhe, Woll-
waren

Hermann Ehlers
Aschersleben, Markt 15
Haushalt und Küchengeräte
Gläser, Porzellan, Steingut
Decken, Kochherde
Eisenwaren, Werkzeuge

Conitzer & Co.
Aschersleben / Calbe a. d. S.
Das Führende Kaufhaus.

Ota Borch & Sohn
Gendel
Kolonialwaren, Fleischermittel
Leipziger Straße 1
Borsdorfer Straße 165
Borsdorfer Straße 37 (ab 2. H.)

Emil Hansmann
Weißwaren
Gardelegen
Magdeburger Str. 117.

August Moye
Gardelegen, Saksia Str. 149
Fabrik
feiner Fleisch-
und Wurstwaren

Modehaus
Baum & Jacobsen
Tangermünde
Bestes Einkaufshaus
für Stadt und Land.

Carl Schaeffer
Tangermünde Lange
Fischerstr. 1
Reisekundlung Telefon 53 2, 117
Empfehlung
Kohlen, Koks
Briketts a. billiger
Tagespreis

Schlafwarenhaus
Albert Klein
Gardelegen
Telefon 416 — Telefon 1855
Haus Schlaf und Musik

Ferdinand Stalfeld
Gardelegen
Bahnstraße 45 Bahnstraße 45
Feine Fleisch- und Wurstwaren
in Gardelegen

Billigste Bezugsquelle
Metzgerwaren, Wurstwaren
und Spezialitäten
Große Sammlung an
Geschenkkästen a. -Geschenke, Süßigkeiten,
Süßwaren, Süßspeisen,
Säfte und Getränke
zu sehr billigen Preisen
P. Winkelmann, Gardelegen

Frido Anders
Gardelegen
Eisenwaren — Werkzeuge
Haushalt und Küchengeräte
Decken, Kochherde
Gardinen — Spielwaren

Rind- u. Schweineschlächterei
Fritz Öerneke
Gardelegen
Wächterstr. 355 Wächterstr. 355
Feine Wurstwaren
nach Hansschlauch-Art

sind. Der Einfluß der Fürsorgeberechtigten (2 : 5) ist also in solchen Ausschüssen gleich Null. Genosse Ebdreit begründete den Antrag der Fraktion sehr eingehend, trotzdem stimmten sämtliche bürgerlichen Abgeordneten, einschließlich der Demokraten, gegen den Antrag, der somit abgelehnt wurde. Die Kreisverwaltung wird trotzdem nicht an der Bildung der örtlichen Fürsorgeausschüsse vorübergehen können und wird einsehen, daß man den Fürsorgeberechtigten ein ausreichendes Wirtschaftsrecht in diesen Ausschüssen eräumen muß, damit mit die sozialpolitisch rücksichtlich gerichteten Kreise schalten und walten können, wie sie wollen.

Der Kreistag beschäftigte sich außerdem mit der Vornahme von Wahlen und dem Erlass einer Ordnung über die Neuregung der Schankeraubnissteuer. —

Biederitz

Eine Zweigstelle der Sparkasse des Kreises Jerichow I wird Breite Straße Nr. 28, und zwar am 9. Mai, eröffnet. Die Zweigstelle ist werktäglich von 9 bis 1 Uhr vormittags für jeden Geschäftsbetrieb geöffnet. Sämtliche von der Hauptstelle Burg getätigten Geschäfte werden fortan auch in Biederitz erledigt. —

Barchau

Ein Schwindler, ein „Reisender“ verübte hier in den letzten Tagen der vorherigen Woche verschiedene Schwindelchen. Er suchte sich Gasträte aus, um im gegebenen Moment die Kasse zu plündern. So machte er es auch beim Gastwirt Wolf in Jühleburg. Eine kurze Abwesenheit des Gastwirtscau benutzte er, um die Briefstafte mit 130 Mark hochzuziehen. Der Diebstahl wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt und die Verfolgung des Diebes aufgenommen. Noch kurz vor Barchau hatte man ihn eingeholt, als er, des Laufens müde, ein Fahrrad fand, das ihm mitnahm. Der Räuber war ein Joggling vom Gute Leben. Das Geld war nicht mehr zu finden. Der sofort benachrichtigte Landjäger erschien alsbald auf dem Plane, nahm sich des „Reisenden“ an und sorgte für seine Überführung nach Nummer Sicher. —

Der Schuß, von dem wir in vorherigen Woche berichteten, ist in der Person des Bruders des verlebten Mädchens festgestellt worden. Es kommt keine Schreckschusspistole, sondern ein Trommelschreiber in Frage. Er verleiht damit seine Schwestern am Arme. Man kann sehen, wie leichtfertig diese Bengel's von 14 Jahren mit Schußwaffen umgehen. —

Gommern

Auf dem Schweinemarkt waren etwa 250 Schweine aufgetrieben. Die Preise bewegten sich bei 3 bis 4 Wochen alten Ferkeln zwischen 8 und 10 Mark, 4 bis 6 Wochen alten zwischen 10 und 15 Mark, 6 bis 8 Wochen alten zwischen 15 und 20 Mark, 8 bis 10 Wochen alten zwischen 20 und 30 Mark. Größere Futter Schweine wurden mit 80 Pfennig pro Pfund gehandelt. Während die kleinen Schweine alle verkauft wurden, verblieb ein Rest von den größeren. —

Wahlst

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung fand die Wahl des Gemeindevertreters statt. Es erhielten der Tischler Joh. Benecke 5 und der Kittergutsbesitzer H. Klebe 4 Stimmen. Benecke ist somit gewählt und es ist nur noch die Bestätigung abzuwarten. —

Stadtteil Burg

Tätigkeit des Kreisjugendamtes.

Im abgelaufenen Berichtsjahr ist ein weiterer Ausbau in der praktischen Jugendsorge zu vermerken. Eingetreten wurde in das neue Jahr mit 599 Kindern. Im laufenden Geschäftsjahr gingen von den Standesämtern 169 Geburtsmeldungen ein. In derselben Zeit wurden 44 Vermundshäfen von auswärtigen Jugendamtstern, ferner 38 Vermundshäfen von Einzelbormündern übernommen, so daß ein Gesamtaugang von 261 Kindern zu verzeichnen ist. Unter Amtsverwundsjahrt standen am 31. Dezember 1926 711 Kinder. Es sind 47 Pflegeschäften vorhanden, der größte Teil davon bezweckt die Betreuung der Unterhaltsgebel von den Eltern. Der Rest sind Pflegeschäften zum Zwecke der Betreuung bei Erbanseinanderseckungs-Verhandlungen und in Auswertungsfragen. Von den dem Jugendamt mitgeteilten Erzeugern der Kinder erkannten 123 die Elternschaft freiwillig an. Zur 8 Kinder verweigerten die Mütter Angaben über die Person des Erzeugers, zum Teil lag Mehrjährigkeit vor. Die Gerichte urteilten in 101 Fällen in Anspruch genommen werden. Für auswärtige Jugendamtster wurden 17 Prozesse durchgeführt. Insgesamt wurden bei den Amtsgerichten in Burg, Gommern, Loburg und Ziesar in 78 Sitzungen 149 Termine wahrgenommen. Der Prozeß der Adoption von Kindern wurde erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Es konnten drei Adoptionsverträge mit Genehmigung des Amtsgerichtsgerichts geschlossen werden; zwei weitere Adoptiven konnten demnächst zum Abschluß. Eine ganz erheblich zunehmende Arbeit verursachten die elten, von Einzelbormündern abgegebenen Vermundshäfen, in denen jahrelang wenig oder gar nichts gegen die Erzeuger unterzunehmen wurde. Zu vielen Fällen ist aber trotzdem ein Erfolg zu verbuchen. Bei der Bahnnehmung der Kinderschäften wird natürlichem nach schematisch, sondern der jeweiligen Lage entsprechend gehandelt.

Die Betreuung der Kinder hauptsächlich der persönlichen Fürsorge als ein Teil der Aufgabe der Amtsverwundsjahrt vollzieht sich in der Tätigkeit der fünf Bezirksfürsorgerinnen. Soweit diese Kenntnis davon erhalten, daß in ihrem Bezirk Schwangeren möglich, befreuen sie schon vor der Geburt der Kinder die werdende Mutter, erzielen Sie auf dem Gebiet der Sauglingsfürsorge und des Stillzeitgesetzes und bereiten sie zur Registrierung an die Amtsverwundsjahrt. Als bald nach Eingang der Geburtszeugnisse kommt die Fürsorgerin mit Mutter und Kind in persönliche Beziehungen. Hand in Hand mit dem Amtsgericht wird hier mit dem Ziel gearbeitet, den Kindern Vater und Elternhaus zu erhalten und der Mutter ein guter Leitfaden zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wichtet sich der tägliche Bericht mit der Mündigkeit und dem Amtsgericht nicht nur in einem fortlaufenden Briefwechsel ab, sondern insbesondere auch in vielen Rückzügen. Sogenannte großen häuslichen Erfahrungen in diesem Kreis sind jedoch nicht in allen Fällen durchführbar. Es ist indessen die Einsicht getroffen, daß an den Tagen, an denen der Amtsgerichtstag den den Amtsgerichten in Gommern, Loburg und Ziesar die Termine in den anhängigen Prozessen bestimmen, die Mütter jenseits in einem Zimmer der Amtsgerichte gehalten werden. Zusätzlich wird an diesen Tagen der Amtsgericht sehr oft von den Erzeugern erwartet, die der festgelegten Sauglingsaufenthalten überdrüssig geworden, einen Vergleich über die zukünftige Zahlungsumsätze einzutragen. Sowohl den Erzeugern wird in vielen Fällen die Genehmigung erteilt, die Unterhaltszahlungen direkt an die Kindermutter zu leisten, weil sie im jetzigen Verhältnis stehen und in objektiver Zeit befreien wollen. Geld- und Wohnungsaufenthaltsabrechnungen werden im Begriff stehen. Soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kindermutter oder deren Angehörigen es erlauben, wird ein Teil der eingehenden Unterhaltsgaben gespart, um dadurch die Möglichkeit zu geben, größere Anstrengungen zu befreien, die in Zeiten der Arbeitslosigkeit des Erzeugers aus dem Sonderlohn die Unterhaltsrente zu zahlen. Die Erneuerung der Sonderlohnzeit folgt: Am 31. Dezember 1924 4 Sonderlohn mit 531,76 Mark, am 31. Dezember 1925 14 Sonderlohn mit 535,52 Mark, am 31. Dezember 1926 19 Sonderlohn mit 12.829,78 Mark. Die Kindermutterverträge werden vom Jugendamt über Schreiber verfaßt, einer von 2500 Mark und einer von 1000 Mark. —

Verhandlungen für Gefelle und ältere Leistungen des Weißgerberberufes finden auch in diesen Sommer statt, und zwar im Kreisgericht und zwischen den beiden. Gefelle und ältere Leistungen, die genutzt sind, sollen der im Sommerfest verantwortlichen Partei zu befehlen, sollen sich zu den angegebenen Zeiten in Raum 1 der geschiedenen Kommunisten, Berliner Straße, einzufinden. —

Landfriedensbruchprozeß in Burg

Drei Freisprüche vom Staatsanwalt beantragt.

Der vierte Verhandlungstag des Burger Landfriedensbruch-Prozesses brachte die Strafanträge des Staatsanwalts. Schon der Staatsanwalt muß gegen die Angeklagten Krause, Schmidt und Parthe Freisprechung beantragen, da auch in seiner Beziehung erwiesen ist, daß sich diese Angeklagten an irgendeiner zur Klage stehenden Straftat beteiligt haben. Der Staatsanwalt erkennt an, er hat das sogar in seinem Blättermaterial festgestellt, daß das Beweismaterial sehr dürfsig sei. Warum, Herr Staatsanwalt, versuchen Sie aber dann nicht während Ihres ganzen Blättermaterials diese Linie? Warum gehen Sie mit seinem Wort auf die eidlichen Bekundungen einiger Zeugen ein, die univocally ausgestanden, daß sich Nationalisten, und zwar solche, die sich in jener Nacht an der Wahlarbeit beteiligten — schon am Nachmittage des Unglücksfalls den Gas prägten: Heute nacht gibt es Kloppel! Nach diesem Ausspruch, in Verbindung mit den Aussagen der Polizeibeamten über den Diebstahlshüter und Stahlhelmer o. D. Reinthal, hätte die Anklagebehörde gegen sämtliche Angeklagten Freisprechung beantragen müssen. Für jeden, der dieser Verhandlung beigewohnt hat, müßte aus der Beweisaufnahme klar sein, daß keinesfalls die Reitertruppe der Sozialdemokraten, sondern die Nationalisten die Angreifer gewesen sind. Die Sozialdemokraten haben sich gewehrt — das ist ihr gutes Recht — und rausflüchtige Elemente, die selbst der Vertreter der Nebenläger, Rechtsanwalt Stielopps, nicht den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben möchte, sind in der Erregung übers Ziel geschossen. Keinem der Angeklagten kann irgend eine Gewalttat nachgezeigt werden. Das tut selbst der Staatsanwalt nicht. Wenn der Staatsanwalt gegen einige Beschuldigte Gefängnisstrafen beantragt, so tat er es, weil der Strafparagraph, der den Landfriedensbruch behandelt, juristisch ein Unikum ist. Man braucht sich nur unter einer Menge zu befinden — als Menge genügen nach den Anträgen des Staatsanwalts schon fünf Personen —, die Gewalttätigkeit begeht und man kommt tödlicher auf die Anklagebank wegen Landfriedensbruchs, ohne auch nur einen Finger gerührt zu haben. Die

Zeuge Fissel: Der Motorradfahrer war ein Sekretär des Landarbeiterverbandes, der erst in der Nacht von einer öffentlichen Versammlung gekommen war. Es ist ausgeschlossen, daß er sich irgendwie an den Ausschreitungen beteiligt oder sie auch nur begünstigt hat. Eine abgebremste Lampe hat er nicht gehabt. Das beschreibt ich.

Vorsitzender: Wissen Sie davon, daß die Franzosenstraße von den Reichsbannerleuten als Salle für die Rechtspartei benutzt worden ist?

Zeuge Fissel: Ich halte das für einen großen Unsinn. Von einem Feiertreib und Straßenabsperren kann überhaupt nicht die Rede sein. Dazu lenne ich unsre Leute zu gut. Rechtsanwalt Dr. Braun: Es wird behauptet, im Gewerkschaftshaus haben sich Reitertruppen bereithalten, die im Falle der Not einspringen sollten.

Zeuge Fissel: Auch das ist großer Unsinn. Im Gewerkschaftshaus befanden sich nach 2 Uhr nur meine Person und zwei Genossen.

Der Zeuge Huber will den Angeklagten Zwidert erkannt haben, wie er dem Delor den Kleiderpinsel entriß. Der Zeuge behauptet, Zwidert hätte den Pinsel zerbrochen und damit nach Delor geschlagen. Der Stahlhelmer Delor sagt aber als Zeuge, daß er von Zwidert nicht geschlagen worden sei. Die unterschiedliche Aussage beweist, was auf die Zeugenaussagen im allgemeinen zu geben ist. Der Zeuge Agsten hat die Vorgänge von seiner Wohnung aus in der Franzosenstraße beobachtet. Er hat niemand erkannt. Er betont aber, daß er Schüsse nicht gehört hat. Es ist in der Franzosenstraße oder in deren Nähe nicht geschossen worden. Der Zeuge Delorme hat gleichfalls gesehen, wie Stahlhelmitrupps sozialdemokratische Plakate abgerissen und überlegt haben. Die Zeugin Kuhn wohnt in der Blumenthaler Straße. Von einer Belagerung eines Hauses will sie nichts gesehen haben, obwohl sie in jener Nacht längere Zeit aus dem Fenster sah. In der Straße befanden sich nur etwa acht Leute, die sich unterhielten. Dasselbe befand der Zeuge Stoltz, der sogar in dem Hause wohnt, das belagert sein sollte. Auch er will davon nichts gesehen haben. Damit war die Beweisaufnahme erledigt.

Die Anträge des Staatsanwalts.

Staatsanwaltsrat Dobmann erklärt zu Beginn seines Blätters, daß für ihn kein Zweifel vorliege, daß die geschilderten Vorgänge den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllen. Er schildert noch einmal, was in jener Nacht alles geschehen sein soll, läßt aber die Frage offen, wer als Anstifter und Schulziger in Frage komme. Er spricht lediglich von einer ehrlichen Stimmen, die seiner Meinung nach auf beiden Seiten vorhanden gewesen sein soll. Er erkennt aber auch, daß von den eigentlichen Tätern keiner auf der Anklagebank sitzt. Die angeklagten seien lediglich irgendwo in der Menge gesehen worden. Dieser Tatbestand genügte, um sie in den Anklagezustand zu versetzen, da schon das Verweilen in einer Menge, die Gewalttätigkeiten begeht, strafbar ist. Nur bei den Angeklagten Krause, Schmidt und Parthe nimmt er das Verweilen in der Menge nicht an, so daß er gegen sie freispricht. Hartung hält er des Landfriedensbruchs für schuldig, weil er sich aus der Menge gelöst haben soll, als er mit Delor sprach. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte Hartung sich an Gewalttätigkeiten nicht beteiligt hat, beantragt er wegen einfachen Landfriedensbruchs drei Monate Gefängnis. Brezler hält er gleichfalls für überführt. Da er sich in einer „schlagenden“ Menge befunden haben soll, soll er dafür auf vier Monate in Gefängnis wandern.

Dann kommt der Staatsanwalt auf die Vorgänge in der Blumenthaler Straße zu sprechen. Nach seiner Ansicht sei erwiesen, daß tatsächlich eine „Belagerung“ eines Hauses erfolgt sei, in das sich Stahlhelmer geflüchtet hatten. Obwohl der Ansicht des Staatsanwalts eine Reihe eindrücklicher Bekundungen gegenüberstehen und er selbst zugibt, daß absolut nicht erwiesen sei, daß die in der Blumenthaler Straße gesehenen Angeklagten Busch, Gereke und Köhler irgendwie Gewalttätigkeiten begangen haben, beantragt er gegen jeden der drei Angeklagten vier Monate Gefängnis. Den Angeklagten Zwidert will er wegen schweren Landfriedensbruchs zu sieben und den Angeklagten Haenbroich zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wissen. Bei sämtlichen Angeklagten stellt der Staatsanwalt anheim, ihnen Bewährungsfrist zugestimmt.

Es kommt dann der Vertreter der Nebenläger an die Reihe, Rechtsanwalt Kientopf, der sein Blätter benutzt, um ebenfalls den Genossen Stollberg anzugreifen. Im Übrigen tut der Rechtsanwalt sehr naiv. Er wundert sich darüber, daß die Angeklagten keinen von denen genannt haben, die in jener Nacht von ihrer Seite verletzt worden seien. Er meint aber, daß die Angeklagten ihren guten Grund dazu hätten, weil sie sich schuldig fühlten. Zur Sache hat der Rechtsanwalt überhaupt nicht gebracht. Seit wann ist denn gestattet, daß auch bei Landfriedensbruch ein Nebenläger zugelassen ist. Bisher war das nicht der Fall. Rechtsanwalt Kientopf war nur als Vertreter der verlebten Stahlhelmer zugelassen worden. Neben den Verlebten der Stahlhelmer sprach er aber kein Wort. Er unterstützte lediglich den Staatsanwalt in seiner Ansicht und meinte, daß er seinen Anträgen nichts hinzuzusetzen habe. Das ging dem Rechtsanwalt Kientopf gar nichts an. Der Vorsitzende hätte ihm deshalb auch das Wort entziehen müssen, weil er absolut nichts zu seiner Angelegenheit sprach. Das hat der Vorsitzende nicht getan. Wollte er etwa die im Gerichtssaal anwesenden Personen nicht um eine so hervorragende Rede bringen?

Heute (Vittwoch) wird das Urteil gesprochen werden. Der Vormittag wird mit den Verteidigungsreden der Rechtsanwälte Dr. Braun und Lange ausgefüllt, so daß erst in den Nachmittagsstunden das Urteil zu erwarten sein wird.

Der ausgelöschte deutschnationale Zeuge.

Einen Vorfall müssen wir noch nachtragen. Am Montag wurde ein nicht erkannter Zeuge Stedel, deutschnationaler Stadtverordneter in Burg, mit fünfzig Mark Geldstrafe bestraft. Es ist eigenartig, daß der Zeuge Stedel plötzlich eine weiße Reise unternommen muß, obwohl er erst Burg verlassen hat, als der Prozeß bereits im Gange war. Es wird behauptet, der deutschnationale Herr Stedel hätte alle Veranlassung gehabt, jährlings Burg zu verlassen, ehe er vernommen wurde. Wie wäre es, wenn sich die Staatsanwaltschaft nicht nur mit der Zahlung der Geldstrafe wegen unentümlicher Auslebens begnügte, sondern auch einmal nachprüfte, warum der deutschnationale Herr plötzlich das Bedürfnis bekam zu verlassen und es vorzog, auf diese Weise um eine eidsiche Aussage heranzuführen?

Kreis Calbe

Das dem Stadtparlament.

Die Stadtbewohner-Sitzung kam bei einigen quirligen Willen in längstens 1½ Stunden erledigt sein können, wenn es der Sprecher versehen würde, seine Bürgerlichen Gründe zu benennen, auch nur einigermaßen zur Sache zu reden. So wurde zwar wieder einvernehmen über die neuen Städte dem Stadtbewohner-Sitzung einige seiner Worte im Gedächtnis vergraben wurden, Worte, die ihm nicht gerade sehr angenehm waren. Da wurde der Sprecher lebhaft und bemühte sich, die Einverständigung abzubrechen.

Da die regierende Kommunistische Partei den Stadtbewohner-

gewählt, die an jeder Sitzung mit beratender Stimme teilnehmen. Unsre Fraktion hat für diese Kommission nicht allzuviel Sympathie übrig, denn kommunalpolitische Erwägungen scheinen bei der Arbeit dieser Kommission überhaupt nicht in Frage zu kommen. Man nimmt einfach den Rößt und streicht den Stadtz zusammen. Daß sich unsre Genossen für diese Art der Staatsberatung nicht begeistern können, ist wohl verständlich. Die Bürgerlichen haben durch ihre Delegation dafür gesorgt, daß der neue Ausschuß das richtige Aussehen bekommen wird. Sie werden vertreten sein durch Wedemann, Tischmeier und Meißner. Wir sind vertreten durch den Genossen Schiller, die Kommunisten vertreten Burgau. Aus der Wohnungskommission ist das Mitglied A. Höglie ausgeschieden. Für ihn wird der Arbeiter Burgau gewählt. Zum Stadtbürotag delegiert der Magistrat den Bürgermeister Großer Strobel. Die Stadtbewohner verzichten auf eine Ver-

tretung. Die Wohnungen, die nach dem 1. April 1924 fertiggestellt sind, können von den Gemeindebeuer zu zulägen zur Grundbesitzsteuer freigelassen werden. Der Magistrat hatte beantragt, einen entsprechenden Beschluss widerruflich zu fassen. Der Zweck war, nicht in jedem Jahre den Beschluss wiederholen zu müssen. Er wurde aber trotzdem bis zum 1. April 1928 befristet. Da die Fests nicht fertiggestellt werden konnten, wurde der Magistrat ermächtigt, nach dem vorjährigen Statut bis zum 1. Juli weiterzuarbeiten.

Der hiesige *Zwischenbau* ist durch den Zwischenbrand stark gefährdet. Wie im vorigen Jahre wurden 1000 Mark zu Studien- und Untersuchungszwecken zur Verfügung gestellt. Auch der Kreis zahlt dazu eine nachhafte Beihilfe.

Stadt. Liedmann hatte in der letzten Sitzung die Leistungen der Schule kritisiert. Vom Delegierten war die unberechtigte Kritik zurückgewiesen worden. Heute liegt auch ein Protest des Lehrervereins vor. Die Kritik soll sich nun mit einem Male nur auf die Realschule beziehen haben. Die Haushaltsteuerangelegenheit des Angestellten Köhler soll der Magistrat erneut nachprüfen, ebenso den Antrag des Gewerkschaften Paul Schmidt, der auf dem Markt einen Platz für Erfrischungen aufstellen will. Liedmann kritisiert dann die Ausführung öffentlicher Arbeiten. Er scheint dem Stadtverordneten-Vorsteher ganz besonders für die Kontrolle derartiger Arbeiten geeignet zu sein. Er will ihn darum mit diesem Ehrenamt betrauen. Nach Ansicht unserer Fraktion ist Liedmann die ungeeignete Person dazu; er besitzt unser Vertrauen nicht. Aber gerade deshalb ist Herr Liedmann nach der Meinung der bürgerlichen Mehrheit geeignet.

Zwei Dringlichkeitsanträge fanden noch Erledigung. Stadt. Hoppe bittet um Übernahme einer Bürgschaft in Höhe von 25 000 Mark, bis eine ihm gewährte Hypothek eingetragen ist; sie wird übernommen. Dann stimmt man dem Vertrag zu, der die Bedingungen festlegt, um die Kreisverwaltung in Calbe zu erhalten. Dagegen stimmen die Stadtverordneten Weber und Tschmehl. Wenn man sieht, daß die Annahme des Vertrags gesichert ist, kann man sich schon einmal diesen Zugest gestatten. —

Streit der Textilarbeiter. Wegen Lohnforderungen traten sämtliche Gewerkschaften der hiesigen Tuchfabriken in Streit. Der Kampf geht um Besserstellung ihrer laufenden Wirtschaftsverhältnisse. Bei einem Stundenlohn von 48 Pf. und einer Zulage von 4 Pf. ist der Kampf voll berechtigt. Die Streikenden besitzen die Sympathie der gesamten hiesigen Arbeiterschaft. —

Barby

Das Maiingen der Schule am Montag auf dem Markt lud viele Zuhörer an. Der große Schülerchor, unter Leitung des Kantors Schramm, machte seine Sache gut. Die neue Sitte soll weiter ausgebaut werden, indem der Gesanglehrer für die Zukunft die Veranstaltung eines richtigen Maiengesangs-Konzertes plant. Es fehlt natürlich nicht an Lästerstimmen in der Stadt, die, um dem Genossen Rector Karstädt etwas anzuhängen, diese Veranstaltung mit dem Maiertag der Arbeiterschaft in Verbindung bringen. Wie blöde diese Behauptung ist, geht daraus hervor, daß das Maiingen in vielen Gegenden üblich und auch eine Überlieferung der alten Seminare ist, trotzdem diese "königlich" waren. —

Ein Flugtag in Aussicht? Es schweben Verhandlungen, die die Abhaltung eines Flugtages in Barby zum Ziele haben. Der erste Sonntag im September ist in Aussicht genommen. Hoffentlich macht nicht ein Hochwasser einen dicken Strich durch die Rechnung; denn wenn Hochwasser ist, steht kein ausreichender Platz zur Verfügung. Denn dafür kann nur der Elbanger in Frage kommen.

Unsre sporttreibende Jugend muss ebenfalls unter dem Hochwasser leiden. Sie hat nur den Elbanger zur Verfügung, und dieser wird ihr in der letzten Zeit wochen- und monatlang vom Hochwasser strittig gemacht. Der Schulplatz wird schon von der Schulfuge start in Beschlag genommen, auch ist er zu klein und von viel zuviel Fenstern umgrenzt, als daß er für die weitschweifende Kraft der Fußballspieler in Frage käme. Der Jugend muss ein neuer Spielsplatz zur Verfügung gestellt werden, der das ganze Jahr zu benutzen ist. —

Mit dem Rad stürzte längs der Eisenbahn auf dem Wege nach Hötz ein hiesiger junger Mann so unglücklich, daß er den Damm hinunterstürzte und sich so arg verletzte, daß sich ein Arzt seiner annehmen mußte. —

Der Landgrafen ist zum Ueberlaufen voll. Da er so gut wie kein Gefälle hat, geht das Wasser auch nicht ab. Man führt darum vielfach die Überschwemmungen durch Drängwasser auf seinen Einfluß zurück. Das stimmt bei genauer Untersuchung der Verhältnisse aber nur zum Teil. Das Drängwasser steht auf den Feldern zumeist gar nicht an seinen Ufern oder in der Nähe. Wobei steht es in der Gegend um den Friedhof aus, dessen Mauern auf allen Seiten vom Wasser umgeben sind.

Die Rangordnung in der Schule ist, wie wir bereits melden, vom Minister auch in der Volkschule aufgehoben. Unsre Genossen im Elternbeirat begrüßen das. Sie leisten sich schon in ihrer letzten Sitzung nach einem Referat des Genossen Karstädt warm dafür ein, entschlossen sich aber aus Gründen des Schulfriedens, den Abbau der Rangordnung allmählich von unten nach oben anzutun. Nun ist er auf einmal für die ganze Schule da, und das ist auch ein Segen; denn der geistige Fortschritt der Kinder auf dem Wege des gegenseitigen Wettkampfes ist unpaßbar. Das Kind soll in Ruhe und Besinnung arbeiten, mit Lust und Freude, aber nicht aus Angst, daß es sonst "runterkommt" würde. Und wo sollen die armen Eltern das Geld für Privatstunden hernehmen, mit dem die wohlhabenderen Eltern der schlechten Rangordnung ihren Kindern nachhelfen? —

Der Holzverkaufstermin in Hötz ist wegen Hochwassers vom 7. auf den 14. Mai verschoben worden. —

Die neuen Häuser in der B-Straße werden als Doppelwohnhäuser nach dem Typ 76 der Mitteldeutschen Heimstätte gebaut. Dieser Typ kann nicht gefallen, da jede Wohnung in zwei Stockwerke liegt; unten sind Wohnküche und eine Stube, oben zwei Stuben. Solche Wohnungen sind ebenso unbequem wie unwirtschaftlich. —

Bewohnerbewegung. Der April brachte 82 Anmeldungen und 91 Abmeldungen, 9 Geburten und 5 Todesfälle. Wenn auch die Zahlen fast angeglichen sind, so zeigt auch dieser Monat das uns schon seit langem bekannte Sinken der Einwohnerzahl. —

Ein Notariat war für Barby schon seit langem eine Notwendigkeit. Nun ist Rechtsanwalt Otto Berg zum Notar ernannt worden. —

Akendorf

Garteiveranstaltung. Zu der gut besuchten Mitgliederversammlung führte infolge Eröffnung des Käffners der Kassenbericht nicht gegeben werden. Von der Gemeindevertretung und von der Kommunaltagung in Magdeburg berichtete Genosse W. Fischer. Es wurde beschlossen, das Jahrbuch der S. P. D. für die anliegende Bibliothek anzuschaffen. Mit der Mahnung, für Partei und Presse zu werben und zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen. —

Förderstedt

Reichsbund der Kriegsbeschädigten am Sonntag den 29. Mai, nachmittags 2.30 Uhr, Versammlung. Die Gewinnliste der Kriegsbeschädigten-Lotterie liegt in der Verteilungsstelle des Konsumvereins zur Einsicht aus. —

Ein starker Einbruchsbiebstahl wurde in der Nacht zum 2. Mai beim Maurer G. Paul in der Kleinfstraße ausgeführt. Die Diebe entfernten das Schutzgitter vom Kellerfenster und stiegen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Maifeiern in der Provinz

Egeln. Unsre Maifeier nahm einen guten Verlauf. Um Morgenstundgang beteiligten sich mehr als 300 Personen. Zur Abendveranstaltung hielt unser Genosse Silberschmidt die Festrede. Mit geistiger Frische sprach unser alter Freund über die Bedeutung des 1. Mai. Seine interessanten Auseinandersetzungen wurden durch reichen Beifall belohnt. Die anschließenden Aufführungen des Arbeiter-Turnvereins und Arbeiter-Gesangvereins zeugten von viel Fleiß und fanden Anerkennung. Ein Tanz schloß die würdige Feier. —

Osterwebdungen. Auch hier veranstaltete die Partei unter Mitwirkung der Sportvereine sowie des Reichsbanners und der Landarbeiter eine Maifeier. Alle Organisationen zeigten durch ihre zahlreiche Beteiligung und Mitwirkung großes Interesse. Die Feier kann als wohlgelungen bezeichnet werden; jung und alt waren bis morgens früh in gemütlicher Stimmung beisammen und kamen auf ihre Rechnung. —

Seehausen (Kreis Wanzleben). Die Maifeier, vom guten Wetter begünstigt, verlief in fröhlicher Maifestimmung. In dem gemeinsamen Demonstrationszug, 120 Personen stark, nahmen die Partei, die Gewerkschaften, das Reichsbanner, Arbeitergefangenverein und Turnverein teil. Zu der Veranstaltung hatte sich in dankenswerterweise die Kapelle des Reichsbanners zur Verfügung gestellt. Am Abend vor dann gemütliches Beisammensein im „Hospengarten“. Parteisekretär Genosse Schumacher hielt eine feierliche Festrede. Der Turnverein zeigte Übungen am Barren und Stabübungen nach der Musik. Der Ball hielt dann die Erwachsenen noch einige Stunden fröhlich beisammen. —

Dahlenwartheben. Die Maifeier verlief in impsonanter Weise. Unter den Klängen der Reichsbannerkapelle ging es schon am frühen Morgen nach dem benachbarten Ebdorf, wo wir mit den dort erschienenen Ortsgruppen zusammentrafen. Am Nachmittag veranstaltete der Arbeiter-Radsfahrerverein ein Jugend-Straßenrennen über 30 Kilometer, das großen Beifall fand. Um 4 Uhr begannen die Feierteilnehmer ihren Umzug durchs Dorf. Abends 7 Uhr fand ein Ball statt. —

Garbke. Die Maifeier verlief in allen ihren Teilen gut. Es gibt aber immer noch Arbeiter, die sich gern als Feiglinge betiteln, dieses sich von ihren Frauen verbieten lassen, solche Feier mitzumachen, obgleich die Frauen die ersten dabei sein sollten. Programmatisch siegte das Bläckenzert ein. Unter der Leitung des Kapellmeisters Erhard Wolf (Helmstedt) bot die Kapelle die schönsten Weisen auf dem Dorfplatz. Die Arbeiteränger und -sängerinnen brachten ein Chorlied. Danach gruppierten sich die Versammler zum Umzug durch das Dorf, voran die Kinder, dann sämtliche Fahnen der Arbeiterorganisationen. Es ging hierauf zur Trift, ins junge Maiengrün, wo dann der Nachmittag in fröhlicher Stimmung verbracht wurde. Über 400 Teilnehmer waren hier erschienen. Unter den Klängen des Sozialistennachmarsches trat man um 6 Uhr den Heimweg an. Die Abendveranstaltung war sehr gut besucht. Ein flottes Musikstück leitete die Feier ein. Dann sang der Männerchor Uthmanns „Am Strom“. Das Lied stellte hohe Anforderungen an den Chor, aber trotzdem klang es wuchtig und schön. Alle Vorführungen der Turner und Turnerinnen zeigten eine gute Schulung. Genosse Brändenburg hielt die Festrede. Mit deutlichen Worten wiederholte er, warum wir am 1. Mai demonstrieren. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dann sang der Frauenchor „Die Nacht“, womit er wirklich eine Leistung bot. Schließlich sang der gemischte Chor „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“, welches Lied mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Musik setzte nun ein mit dem Sozialistennachmarsch und danach gab man noch jedem Gelegenheit, das Tanzbein läufig zu schwingen. So blieb man noch bis in die Morgenstunden in recht fröhlicher Stimmung zusammen. Unsre Veranstaltung war ein Erfolg. —

Biederitz. Unter guter Beteiligung wurde am Sonntag in der „Weintraube“ der 1. Mai von der Biederitzer Arbeiterschaft gefeiert. Am Nachmittag fand Konzert im Restaurationsgarten statt, zu dem der Sonnenschein kostnlos befreite. Am Abend hatte sich die Zahl der Feierteilnehmer bedeutend erhöht, die gekommen waren, das Tanzbein zu schwingen. Der Arbeiter-Gesangverein Einigkeit wartete mit vier Liedern auf, die guten Anklang fanden. Landtagsabgeordneter Genosse Stollberg (Burg) erinnerte in seiner Festrede an die Bedeutung des Tages und die Aufgaben, die zu erfüllen noch Pflicht der Arbeiterschaft ist. Vor allem ist es notwendig, daß sich alle Erwerbstätigen jetzt zusammenfügen und dies auch durch eine gemeinsame Maifeier zum Ausdruck bringen. Es darf nicht wieder geschehen, daß sich die Arbeiterparteien von einzigen Kommunisten verleiten lassen, eine besondere Maifeier unter deren Zepter zu veranstalten. Dann werden sie auch nicht wieder eine solche Pleite erleben wie am Sonntag. Sie glaubten, nicht mit einem Saal auszutreten und bemühten sich um einen zweiten. Dabei war die Beteiligung trotz ihrer angestrengten Bemühungen so schwach, daß sie nicht einmal einen Feiertag zustande bringen konnten. Die Maifeier der Sozialdemokratischen Partei nahm einen guten Verlauf. —

Plötzkau. Die Maifeier fand auch hier unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft statt. Nachmittags marschierten die zu einem Ortstreff vereinigten Organisationen unter Vorantritt der Reichsbannerkapelle nach dem Gemeindeportplatz, wo allerlei Volksfestigungen und ein Preisschießen stattfanden. Klänge der Reichsbannerkapelle verschönerten die Feier. In der Festrede des Gewerkschaftsbeamten Genosse Hartke (Schöneck) forderte dieser auf, für die Erhaltung des Achtstundentagslich einzutreten. Für sportliche Unterhaltung sorgten die Freie Turnergruppe Plötzkau, Freie Alte Neustadt und Sudenburg und B. f. B. Gommern, die auch gute Handballspiele lieferten. Gegen Abend erfolgte der Umzug durchs Dorf nach dem Baudischen Vereinslokal, wo ein gemütlicher Ball die wohlgelungene Maifeier beendete. —

Hörsel. Unsre Maifeier hat eine gute Beteiligung gehabt. Unser singendes Spielder der Reichsbannerkapelle ging der Abschluß zum Sporthaus in Salze, wo wir etliche vergnügte Stunden verlebten. Eine gut gelungene Aufnahme ist eine dauernde Erinnerung an den Abschluß. Am Abend fand der Festtag durch Tanz und gute Vorträge einen würdigen Abschluß. —

Gidendorf. Die Maifeier war ein Erfolg für die Partei. Am Vormittag marschierten die Feierteilnehmer nach Groß-Mühlungen. Hier bei die Arbeiterjugend Unterhaltung. Nach einem Demonstrationszug hielt Genosse Rätsch eine kurze Ansprache. Nachdem marschierten die Ortsvereine ab. Der Nachmittag gehörte den Kindern. Jugendgenossinnen und ältere Parteimitglieder arrangierten ein Kinderfest. Nachdem fand ein Umzug statt, der eine gute Beteiligung aufwies. Genosse Fritz Richter riet die Mahnung einig zusammenzustehen und für die Forderungen des 1. Mai zu kämpfen. Am Abend wiederholte die Arbeiterjugend ihr Spiel „Erwachen“, das sie morgens in Mühlungen aufgeführt hatte. Eine Ansprache der Genossen Bittorf sowie ein Theaterstück des Arbeiterparteis füllten den ersten Teil der Feier ab. Nachdem fand ein Ball statt. —

Gardelegen. Die Maifeier war ein glänzender Erfolg für die Sozialdemokratische Partei. Rundlich um 8 Uhr fanden sich die Teilnehmer zum Morgenauftzug ein. Die Teilnehmerzahl war weit größer als in den früheren Jahren. Vom Schützenhaus aus bewegte sich der Zug nach dem Sporthaus Lindenthal, wo die Vormittagszuhörer in fröhlicher Maifestimmung verbracht wurden. Mittags von 11½ bis 12½ Uhr fand auf dem Rathausplatz ein Bläckenzert statt, ausgeführt von der Kapelle Hef. Nachmittags

verließ die Nachmittagszuhörer in dankenswerterweise die Reichsbannerkapelle zur Verfügung gestellt. Für die Abendveranstaltung hatte man die Feierteilnehmer nach der Neuen Welt gerufen. Zuerst wurde ein Film gezeigt. Die Feierteile hielten Parteisekretär Genosse Müller (Genthin). Die Besucherzahl bei der Abendveranstaltung ist mit tausend nicht so hoch geprägt. Bis in den frühen Morgenstunden blieben die Teilnehmer beisammen. —

Tangermünde. Unsre Maifeier nahm bei herrlichem Wetter einen guten Verlauf. Die Beteiligung war weit höher als in den Vorjahren. Um 1 Uhr versammelten sich die Gemeinschaften auf dem Marktplatz. Stadtrat Genosse Marby hielt die Festrede, die von Gesangsvorträgen der beiden Arbeiter-Gesangvereine unterbrochen wurde. Dann fand ein Demonstrationszug statt, wobei leider die Kommunisten und Rotfrontkämpfer sich wieder ein eigenes Stück leisteten. Vom Gemeinschaftsplatz war außer der Reichsbanner- und der Turnerkapelle auch die Kapelle der Rotfrontkämpfer hinzugezogen worden. Entgegen den Wünschen erschien diese in Uniform. Beim Demonstrationszug, wobei sich die Kommunisten hinter der Kapelle der Roten Frontkämpfer gruppieren, vergrößerten sie den Abstand mehr und mehr, so daß es zuletzt aussah, als ob sich zwei Umzüge durch die Straßen bewegten. Sie konnten aber mit ihren paar Mann wenig Eindruck erwecken. Besser konnten sie ihr Gefüge nach der „Einheitsfront“ gar nicht als Waff entrollen, als sie es am 1. Mai getan hatten. —

